

Mitteilung der Verfahrensgarantien

September 2022



[Link zum rechtlichen Rahmen](#)



[Link zu TEA Sonderpädagogik](#)

Inhaltsverzeichnis

Mitteilung der Verfahrensgarantien	1
Rechte von Eltern von Kindern mit Behinderungen.....	1
Verfahrensgarantien in der Sonderbeschulung	1
Pflegeeltern als Eltern	1
Ersatzeltern.....	2
Child Find	2
Vorherige schriftliche Benachrichtigung	3
Elterliche Zustimmung.....	3
Verfahren bei der Disziplinierung von Kindern mit Behinderungen	6
Freiwillige Unterbringung in Privat-schulen durch Eltern	14
Übertragung von elterlichen Rechten	15
Informationen zur Sonderbeschulung.....	15
Beilegung von Streitigkeiten.....	16
Bundesstaatliche IEP	16
Schlichtungsverfahren.....	17
Beschwerdebelegungsverfahren für Sonderbeschulungsangelegenheiten.....	18
Gerichtliches Anhörungsverfahren.....	19
Kontaktdaten	28
Kontaktinformationen zur Streitbeilegung.....	28

SPEDTex ist eine großartige Ressource für Familien!

Kontaktieren Sie SPEDTex, das Informationszentrum für Sonderpädagogik.



www.spedtex.org

| 1.855.773.3839

Copyright © 2022. Bildungsbehörde Texas. Alle Rechte vorbehalten.

Mitteilung der Verfahrensgarantien

Rechte von Eltern von Kindern mit Behinderungen

Das Gesetz über die Ausbildung von Kindern mit Behinderungen **IDEA** (Individuals with Disabilities Education Act), in der Fassung von 2004, verlangt von Schulen, dass sie Eltern eines Kindes mit einer Behinderung eine Mitteilung zukommen lassen, die eine vollständige Erklärung der Verfahrensgarantien nach IDEA und dessen zugehörigen Durchführungsbestimmungen enthält. Das vorliegende, von der Bildungsbehörde von Texas **TEA** (Texas Education Agency) erstellte Dokument verfolgt den Zweck, dieser Anforderung zu entsprechen und Eltern von Kindern mit Behinderungen zur Kenntnis ihrer Rechte nach IDEA zu verhelfen.

Verfahrensgarantien in der Sonderbeschulung

Nach IDEA bedeutet der Begriff *Eltern* ein biologisches Elternteil, Adoptiveltern, bundesstaatlich anerkannte Pflegeeltern, einen Vormund, ein Individuum, das anstelle eines biologischen Elternteils oder von Adoptiveltern (einschließlich Großeltern, Stiefeltern oder anderen Verwandten), bei dem/denen das Kind lebt, der als gesetzlicher Vertreter des Kindes fungiert, ein Individuum, das nach dem Gesetz verantwortlich für das Wohlergehen des Kindes ist, oder Ersatzeltern.

Der Begriff *Muttersprache* bedeutet bei Gebrauch in Bezug auf eine Person mit begrenzten Englischkenntnissen die normalerweise von dieser Person benutzte Sprache. Bei Gebrauch in Bezug auf eine Person, die gehörlos oder hörbehindert ist, bezeichnet *Muttersprache* den von dieser Person normalerweise verwendeten Kommunikationsmodus.

Die Schule muss Ihnen diese Mitteilung der Verfahrensgarantien nur einmal pro Schuljahr zukommen lassen, außer dass die Schule Ihnen eine zusätzliche Kopie des Dokumentes zukommen lassen bei: auf anfängliche Empfehlung oder Ihre Bitte um Beurteilung; nach Erhalt der ersten beim TEA

eingereichten Klage auf Sonderbeschulung; nach Erhalt der ersten gerichtlichen Klageanhörung in einem Schuljahr; wenn eine Entscheidung zur Ergreifung von Disziplinarmaßnahmen getroffen wird, die eine Änderung der Unterbringung darstellt; oder auf Ihre Bitte.

Sie und die Schule treffen Entscheidungen über das Bildungsprogramm ihres Kindes über ein Zulassungs-, Prüfungs- und Ablehnungskomitee (**ARD** = Admission, Review and Dismissal). Das ARD-Komitee stellt fest, ob Ihr Kind für den Sonderschulunterricht und damit verbundenen Leistungen qualifiziert ist. Das ARD-Komitee entwickelt, prüft und revidiert das individualisierte Bildungsprogramm (**IEP** = Individualized Educational Program) Ihres Kindes und entscheidet über dessen schulische Unterbringung. Zusätzliche Informationen betreffend die Rolle des ARD-Komitees und des IDEA sind an Ihrer Schule in Form eines Begleitdokuments mit der Bezeichnung *Elternleitfaden zum Zulassungs-Prüfungs- und Ablehnungsverfahren* ([Parent's Guide to the Admission, Review, and Dismissal Process](#)) erhältlich. Sie finden es außerdem unter fw.escapps.net

Pflegeeltern als Eltern

Gemäß IDEA kann ein Pflegeelternanteil als Elternteil agieren - es sei denn, ein staatliches Gesetz oder eine Vorschrift verbietet dies oder vertragliche Verpflichtungen mit einer staatlichen oder lokalen Einrichtung verbieten es einem Pflegeelternanteil, als Elternteil zu agieren. Wenn Sie in Texas Pflegeeltern für ein Kind mit Behinderungen sind, dürfen sie als Elternteil fungieren, wenn Sie sich damit einverstanden erklären, Sonderschulentscheidungen zu treffen und wenn Sie das benötigte Schulungsprogramm vor dem nächsten ARD-Komitee-Treffen abschließen, spätestens aber vor dem 90. Kalendertag, an dem Sie als Elternteil fungieren, mit der Absicht,

Mitteilung der Verfahrensgarantien

Bildungsbehörde von Texas | Abteilung für Sonderbeschulung
September 2022

Sonderschulentscheidungen zu treffen. Wenn Sie einmal das genehmigte Schulungsprogramm absolviert haben, müssen Sie nicht noch einmal ein Schulungsprogramm absolvieren um als Elternteil für dasselbe Kind oder als Ersatzelternteil für ein anderes Kind zu fungieren. Falls die Schule beschließt, Sie nicht als Elternteil zu Zwecken der sonderpädagogischen Entscheidungsfindung zu benennen, muss sie Sie innerhalb von sieben Kalendertagen nach dem Datum, an dem die Entscheidung getroffen wird, schriftlich benachrichtigen. Die Bekanntmachung muss die Gründe für die Entscheidung der TEA erläutern und Sie darüber informieren, dass Sie bei der TEA eine Beschwerde einreichen können.

Ersatzeltern

Wenn die Schule auch nach angemessenen Bemühungen keinen Elternteil eines Kindes identifizieren oder finden kann, der Pflegeelternteil nicht bereit oder nicht in der Lage ist, als Elternteil zu dienen, das Kind nicht in einem Pflegeheim wohnt, oder das Kind in der Vormundschaft des Staates ist, muss die Schule einen Ersatzelternteil ernennen, der anstelle des Elternteils des Kindes handelt, es sei denn, das Kind steht unter der Vormundschaft des Staates und ein Gericht hat bereits einen Ersatzelternteil ernannt. Die Schule muss auch einen gesetzlichen Vertreter als Elternersatz für unbegleitete obdachlose Jugendliche ernennen, wie im McKinney-Vento-Gesetz zur Unterstützung von Obdachlosen (McKinney-Vento Homeless Assistance Act) definiert. Bei einem Ersatzelternteil für ein Kind, das obdachlos ist oder sich in Ersatzbetreuung befindet, muss die Schule nach der Ernennung umgehend den pädagogischen Entscheidungsträger und Sozialarbeiter des Kindes schriftlich über die Ernennung informieren.

Weitere Informationen finden Sie unter [Children and Youth Experiencing Homelessness](#) (Link: bit.ly/39v6KzG).

Der Ersatzelternteil darf kein Angestellter des Staates, der Schule oder einer Behörde sein, die an der Erziehung oder Betreuung des Kindes beteiligt ist, und darf keine Interessen haben, die den Interessen des Kindes zuwiderlaufen. Eine Person, die als

Ersatzelternteil ernannt wird, muss über ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, bereit sein, dem Interesse des Kindes zu dienen, ein unabhängiges Urteilsvermögen bei der Verfolgung der Interessen des Kindes ausüben, sicherstellen, dass die Rechte des Kindes nicht verletzt werden, das Kind und die Schule besuchen, die Bildungsunterlagen des Kindes einsehen, sich mit allen an der Ausbildung des Kindes beteiligten Personen beraten, an ARD-Ausschusssitzungen teilnehmen und ein Ausbildungsprogramm absolvieren. Die Person, die von einer Schule als Ersatzelternteil ernannt wird, muss das Ausbildungsprogramm vor der nächsten geplanten ARD-Ausschusssitzung für das Kind, spätestens aber bis 90 Tage nach Ernennung zum Ersatzelternteil, absolvieren. Wenn Sie ein anerkanntes Ausbildungsprogramm abgeschlossen haben, müssen Sie kein Ausbildungsprogramm mehr wiederholen, weder als Elternteil für dasselbe Kind, noch als Elternteil oder als Ersatzelternteil für ein anderes Kind.

Weitere Informationen in Bezug auf die Anforderungen an Ersatzeltern finden Sie in [19 TAC §89.1047](#) (Link: bit.ly/39B7jla).

Child Find

Alle im Bundesstaat wohnhaften Kinder mit Behinderungen, die der Sonderbeschulung und damit verbundenen Leistungen bedürfen - einschließlich Kinder mit Behinderungen, die obdachlos sind oder unter staatlicher Obhut stehen, sowie Kinder mit Behinderungen, die private Schulen besuchen, unabhängig vom Schweregrad ihrer Behinderung - müssen identifiziert, lokalisiert und beurteilt werden. Dieser Prozess wird als *Child Find* bezeichnet.

Als Teil ihrer *Child Find*-Aktivitäten muss eine LEA Mitteilungen in Zeitungen und/oder anderen Medien veröffentlichen, deren Auflage ausreicht, um Eltern über die Aktivität zum Auffinden, Identifizieren und Beurteilen von Kindern, die Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen benötigen, zu informieren.

Eine ausführlichere Beschreibung der Anforderungen von Child Find, finden Sie im Legal Framework for the Child-Centered Special Education Process ([Link: fw.escapps.net](http://fw.escapps.net)).

Vorherige schriftliche Benachrichtigung

Sie haben das Recht, vorab schriftlich über die Maßnahmen der Schule bezüglich des Bedarfs Ihres Kindes an Sonderbeschulung informiert zu werden. Die Schule muss Sie vorab innerhalb einer angemessenen Frist benachrichtigen, bevor sie vorschlägt, die Identifikation, Beurteilung oder schulische Unterbringung Ihres Kindes oder die Ihrem Kind geleistete *kostenlose angemessene öffentliche Beschulung* (**FAPE** = Free Appropriate Public Education) in die Wege zu leiten oder zu ändern. Sie haben außerdem das Recht auf vorherige schriftliche Benachrichtigung, bevor die Schule es ablehnt, die Identifikation, Beurteilung oder schulische Unterbringung Ihres Kindes oder die Ihrem Kind geleistete FAPE in die Wege zu leiten oder zu ändern. Die Schule muss Ihnen die vorherige schriftliche Benachrichtigung unabhängig davon zukommen lassen, ob Sie der Änderung zugestimmt oder um diese gebeten haben.

In Texas muss die Schule Sie mindestens fünf Schultage vor dem Vorschlagen oder der Ablehnung der Maßnahme schriftlich benachrichtigen - es sei denn, Sie stimmen einem kürzeren Zeitrahmen zu.

Die vorherige schriftliche Mitteilung muss die folgenden Elemente beinhalten: Eine Beschreibung der Maßnahmen, die die Schule vorschlägt oder ablehnt zu ergreifen; eine Erklärung der Gründe, warum die Schule die Maßnahme vorschlägt oder es ablehnt, diese zu ergreifen; eine Beschreibung jedes Beurteilungsverfahrens, jeder Einschätzung, jeder Aufzeichnung und jedes Berichts, die in die Entscheidung der Schule zum Vorschlag bzw. zur Ablehnung der Maßnahme eingegangen sind; eine Erklärung, dass Sie den Schutz der Verfahrensgarantien des IDEA genießen; eine Erklärung, wie Sie in den Besitz einer Kopie dieser Verfahrensgarantien gelangen; Kontaktdaten von Personen oder Organisationen, die Ihnen helfen

Mitteilung der Verfahrensgarantien

Bildungsbehörde von Texas | Abteilung für Sonderbeschulung
September 2022

können, den IDEA zu verstehen; eine Beschreibung anderer Möglichkeiten, das ARD-Komitee Ihres Kindes in Erwägung gezogen hat, sowie der Gründe, aus denen diese Möglichkeiten verworfen wurden; und eine Beschreibung jeglicher weiterer Gründe, aus denen die Schule die Maßnahme vorschlägt oder ablehnt.

Die Mitteilung muss in einer für die Allgemeinheit verständlichen Sprache abgefasst und in Ihre Muttersprache bzw. entsprechenden anderen Kommunikationsmodus übersetzt sein, außer in Fällen, wo dies eindeutig nicht machbar ist.

Wenn Ihre Muttersprache oder anderweitiger Kommunikationsmodus keine Schriftsprache ist, muss die Schule die Mitteilung mündlich oder anderweitig in Ihre Muttersprache bzw. Ihren Kommunikationsmodus übersetzen, so dass Sie sie verstehen. Die Schule muss einen schriftlichen Nachweis führen, dass dies getan wurde.

Wenn Sie zu irgendeinem Zeitpunkt, nachdem die Schule beginnt, Ihrem Sonderbeschulung und damit verbundene Leistungen angedeihen zu lassen, Ihr Einverständnis zu solchen Leistungen widerrufen, muss die Schule die Sonderbeschulung Ihres Kindes und damit verbundenen Leistungen einstellen. Vor der Einstellung der Leistungen muss die Schule Ihnen jedoch eine vorherige schriftliche Benachrichtigung, und zwar mindestens fünf Schultage vor Ende der Dienste hierüber zukommen lassen - es sei denn, Sie stimmen einem kürzeren Zeitrahmen zu.

Elektronische Mail

Eltern eines Kindes mit einer Behinderung können wählen, schriftliche Mitteilungen per elektronische Mail (E-Mail) zu erhalten, wenn die Schule diese Option anbietet.

Elterliche Zustimmung

Vor dem Ergreifen gewisser Maßnahmen ist die Schule verpflichtet, Ihre informierte Einwilligung einzuholen. Ihre *informierte Einwilligung* bedeutet: dass Ihnen alle relevanten Informationen in Bezug auf die Maßnahme, zu der Sie um Ihre Einwilligung ersucht werden, in Ihrer Muttersprache bzw.

entsprechenden anderen Kommunikationsmodus übermittelt wurden; dass Sie die Maßnahme verstehen, zu der Sie um Ihre Einwilligung gebeten werden, und die schriftliche Einwilligung die Maßnahme beschreibt und alle Aufzeichnungen nennt, die in Verbindung damit weitergeleitet werden und an wen; und dass Sie verstehen, dass die Gewährung Ihrer Einwilligung freiwillig ist und jederzeit widerrufen werden kann. Wenn Sie Ihre Einwilligung zur Sonderbeschulung und damit verbundenen Leistungen widerrufen möchten, müssen Sie dies in schriftlicher Form tun. Wenn Sie Ihre Einwilligung erteilen und dann widerrufen, wird Ihr Widerruf nicht rückwirkend sein.

Die Schule muss eine Dokumentation führen, die belegt, dass angemessene Anstrengungen zur Einholung der elterlichen Zustimmung unternommen wurden.

Die Dokumentation muss eine Aufzeichnung der Versuche einer Schule, die Einwilligung einzuholen, enthalten, wie beispielsweise detaillierte Telefonaufzeichnungen, Kopien des Schriftverkehrs sowie detaillierte Aufzeichnungen von Besuchen in Ihrem Zuhause oder an Ihrem Arbeitsplatz.

Anfangsbeurteilung

Vor der Durchführung einer Anfangsbeurteilung Ihres Kindes zur Feststellung, ob Ihr Kind unter dem IDEA für die Einstufung als Kind mit Behinderung qualifiziert ist, muss die Schule Ihnen eine Kopie der Mitteilung der Verfahrensgarantien und eine vorherige schriftliche Benachrichtigung über die vorgeschlagene Beurteilung zukommen lassen und Ihre informierte Einwilligung einholen. Die Schule muss angemessene Anstrengungen unternehmen, um Ihre Einwilligung zu einer Anfangsbeurteilung einzuholen. Ihre Einwilligung zu einer Anfangsbeurteilung bedeutet nicht, dass Sie der Schule Ihre Einwilligung gegeben haben, Ihrem Kind Sonderbeschulungs- und sonstige Leistungen angedeihen zu lassen. Wenn Ihr Kind ein Mündel des Bundesstaates ist und nicht bei Ihnen wohnt, ist die Schule nicht verpflichtet, Ihre Einwilligung einzuholen, wenn sie Sie nicht ausfindig machen kann oder Ihre elterlichen Rechte per Gerichtsbeschluss

aufgehoben oder auf jemand anderen übertragen wurden.

Erstbereitstellung

Ihre Schule muss Ihre informierte Einwilligung vor der anfänglichen Bereitstellung von Sonderbeschulungs- und sonstigen Leistungen für Ihr Kind einholen. Die Schule muss sich in angemessener Weise bemühen, Ihre informierte Einwilligung vor der anfänglichen Bereitstellung von Sonderbeschulungs- und sonstigen Leistungen für Ihr Kind einzuholen. Wenn Sie auf eine Anfrage, Ihre Einwilligung zu einer anfänglichen Bereitstellung von Sonderbeschulungs- und sonstigen Leistungen für Ihr Kind zu erteilen, nicht antworten, Ihre Einwilligung verweigern oder Ihre Einwilligung später schriftlich widerrufen, darf Ihre Schule die Verfahrensgarantien (d. h. Schlichtung, den Antrag auf gerichtliche Anhörung, die Beschlussbesprechung oder eine unparteiische Anhörung wegen eines fälligen Verfahrens) nicht nutzen, um eine Zustimmung oder eine Entscheidung in Bezug darauf zu erhalten, ob die sonderpädagogischen und damit verbundenen Dienstleistungen, die vom ARD-Komitee Ihres Kindes empfohlen wurden, ohne Ihre Zustimmung für Ihr Kind bereitgestellt werden können.

Wenn Sie sich weigern, Ihre Einwilligung zu einer anfänglichen Bereitstellung von Sonderbeschulungs- und sonstigen Leistungen für Ihr Kind zu erteilen oder, wenn Sie auf eine Anfrage zur Erteilung einer solchen Einwilligung nicht antworten oder Ihre Einwilligung später schriftlich widerrufen und die Schule Ihrem Kind die Sonderbeschulungs- und sonstigen Leistungen, für die sie Ihre Einwilligung eingeholt hat, nicht zur Verfügung stellt, verstößt die Schule dadurch, dass sie Ihrem Kind diese Leistungen nicht zur Verfügung stellt, nicht gegen ihre Pflicht, FAPE zu leisten und ist nicht verpflichtet, eine Sitzung des ARD-Komitees abzuhalten oder ein IEP für Ihr Kind für die Sonderbeschulungs- und sonstigen Leistungen, für die Ihre Einwilligung angefragt wurde, zu entwickeln.

Wenn Sie Ihre Einwilligung zu irgendeinem Zeitpunkt schriftlich widerrufen, nachdem Ihr Kind zum ersten

Mal Sonderbeschulungs- und damit verbundene Leistungen erhalten hat, darf die Schule diese Leistungen nicht weiter erbringen, sondern muss Sie vorher schriftlich benachrichtigen - wie unter der Überschrift „Vorherige schriftliche Benachrichtigung“ beschrieben - bevor sie diese Leistungen einstellt.

Neubeurteilung

Die Schule muss Ihre Einwilligung einholen, um Ihr Kind einer Neubeurteilung zu unterziehen, es sei denn, sie kann belegen, dass sie angemessene Maßnahmen ergriffen hat, Ihre Einwilligung einzuholen, Sie aber nicht reagiert haben.

Aufhebungsverfahren – Wenn Ihr Kind an einer öffentlichen Schule eingeschrieben ist oder Sie versuchen, Ihr Kind an einer öffentlichen Schule einzuschreiben und Sie sich geweigert haben, Ihre Einwilligung zu einer Anfangsbeurteilung zu erteilen oder auf eine Aufforderung, Ihre Einwilligung zu erteilen, nicht reagiert haben, kann Ihre Schule versuchen, eine Anfangsbeurteilung Ihres Kindes durchzuführen, indem sie das Schlichtungs- oder Beschwerdeverfahren des IDEA, das Schlichtungsgespräch und das unparteiische Anhörungsverfahren nutzt. Hierzu ist sie aber nicht verpflichtet. Ihre Schule verstößt nicht gegen ihre Verpflichtung, Ihr Kind ausfindig zu machen, zu identifizieren und zu beurteilen (Verpflichtung zur Feststellung des Kindes), wenn sie unter diesen Umständen keine Beurteilung Ihres Kindes vornimmt.

Wenn Sie Ihre Einwilligung zur Neubeurteilung Ihres Kindes verweigern, kann die Schule die Neubeurteilung Ihres Kindes weiterverfolgen - ist aber nicht dazu verpflichtet - indem sie die Verfahren der Schlichtung, des Antrags auf gerichtliche Anhörung, der Lösungssitzung und der unparteiischen ordnungsgemäßen Anhörung anwendet, um zu versuchen, Ihre Weigerung zur Einwilligung in die Neubeurteilung Ihres Kindes außer Kraft zu setzen. Wie bei der Erstbeurteilung, verstößt Ihre Schule nicht gegen ihre Verpflichtung gemäß IDEA, wenn sie es ablehnt, die Neubeurteilung auf diese Weise zu verfolgen.

Wenn ein Elternteil eines Kindes, das zu Hause unterrichtet wird oder von den Eltern auf eigene Kosten in einer Privatschule untergebracht wird, keine Einwilligung für die Anfangsbeurteilung oder die Neubeurteilung erteilt oder der Elternteil auf eine Aufforderung zur Erteilung der Einwilligung nicht reagiert, kann die Schule die oben beschriebenen IDEA-Verfahren zur Aufhebung der Einwilligung nicht anwenden. Der Schulbezirk ist außerdem nicht dazu verpflichtet, Ihr Kind als berechtigt zu betrachten, gleichberechtigte Dienste zu erhalten (Dienste, die einigen, von den Eltern untergebrachten Privatschulkindern mit Behinderungen zur Verfügung gestellt werden).

Ihre Einwilligung ist erst erforderlich, wenn die Schule als Teil der Beurteilung oder Neubeurteilung Ihres Kindes bestehende Daten prüft oder Ihr Kind einem Test oder anderem Beurteilungsverfahren unterzieht, dem alle Kinder unterzogen werden, sofern nicht die elterliche Einwilligung für alle Kinder erforderlich ist. Die Schule darf Ihre Weigerung, Ihre Einwilligung zu einer Leistung oder Maßnahme zu erteilen, nicht benutzen, um Ihnen oder Ihrem Kind eine andere Leistung oder Maßnahme vorzuenthalten.

Unabhängige Schulische Beurteilung

Eine *unabhängige schulische Beurteilung* (IEE = Independent Educational Evaluation) ist eine Beurteilung, die von einer qualifizierten Person durchgeführt wird, die nicht für die Schule arbeitet. Sie haben das Recht, eine IEE Ihres Kindes zu erwirken, wenn Sie mit der Beurteilung Ihres Kindes, die von der Schule vorgenommen wurde, nicht einverstanden sind. Wenn Sie eine IEE verlangen, muss die Schule Ihnen Informationen über ihre Beurteilungskriterien sowie darüber geben, wo Sie eine IEE erhalten können.

IEE auf Kosten des Staates

Wenn Sie mit einer von der Schule durchgeführten Beurteilung nicht einverstanden sind, haben Sie das Recht zu verlangen, dass Ihr Kind auf Kosten des Staates von jemandem beurteilt wird, der nicht für die Schule arbeitet. *Auf Kosten des Staates* bedeutet,

dass die Schule entweder die vollen Kosten der Beurteilung übernimmt oder dafür sorgt, dass die Beurteilung für Sie kostenfrei anderweitig bereitgestellt wird.

Wenn Sie eine IEE für Ihr Kind auf Kosten des Staates beantragen, muss Ihre Schule ohne unnötige Verzögerung entweder: (a) einen Antrag auf gerichtliche Anhörung einreichen, um eine Anhörung zu beantragen, im Rahmen welcher gezeigt wird, dass ihre Beurteilung Ihres Kindes angemessen ist; oder (b) eine IEE auf Kosten des Staates zur Verfügung stellen - es sei denn, die Schule weist in einer Anhörung nach, dass die Beurteilung Ihres Kindes, die Sie erhalten haben, nicht den Kriterien der Schule entspricht.

Sie sind für jede von der Schule durchgeführte Beurteilung, mit der Sie nicht einverstanden sind, nur zu einer IEE auf Kosten des Staates berechtigt.

Wenn Sie eine IEE Ihres Kindes beantragen, kann die Schule fragen, warum Sie die von der Schule erhaltene Beurteilung Ihres Kindes ablehnen. Die Schule darf jedoch keine Erklärung verlangen und darf keine unangemessene Verzögerung in Bezug auf das zur Verfügungstellen der IEE Ihres Kindes auf Kosten des Staates oder in Bezug auf die Antragstellung einer gerichtlichen Anhörung – zur ordnungsgemäßen Anhörung zur Verteidigung der Bewertung Ihres Kindes durch die Schule – verursachen.

IEE-Kriterien

Wenn eine IEE auf Kosten des Staates erfolgt, müssen die Kriterien, unter denen die Beurteilung eingeholt wird, einschließlich des Ortes der Beurteilung und der Qualifikationen der beurteilenden Person, die gleichen sein wie die Kriterien, die die Schule bei der Einleitung einer Beurteilung verwendet (in dem Maße, in dem diese Kriterien mit Ihrem Recht auf einen IEE vereinbar sind). Außer den oben genannten Kriterien kann eine Schule keine Bedingungen oder Fristen in Bezug auf die Einholung einer IEE auf Kosten des Staates auferlegen.

Entscheidung des Gerichtsbeamten

Wenn die Schule einen Antrag auf gerichtliche Anhörung einreicht, um eine gerichtliche Anhörung

Mitteilung der Verfahrensgarantien

Bildungsbehörde von Texas | Abteilung für Sonderbeschulung
September 2022

zu verlangen und ein Gerichtsbeamter bestimmt, dass die Beurteilung der Schule angemessen ist oder dass die von Ihnen eingeholte IEE nicht den IEE-Kriterien der Schule entspricht, muss die Schule nicht für die IEE bezahlen.

IEE auf eigene Kosten

Sie immer haben das Recht, auf Ihre eigenen Kosten eine IEE einzuholen. Unabhängig davon, wer dafür bezahlt, muss die Schule die IEE in jeder Entscheidung über die Bereitstellung von FAPE für Ihr Kind berücksichtigen, wenn die IEE den Kriterien der Schule entspricht. Sie können eine IEE auch als Beweisstück in einer gerichtlichen Anhörung vorlegen.

Von Gerichtsbeamten angeordnete IEE

Wenn ein Gerichtsbeamter die Einholung einer IEE als Teil einer gerichtlichen Anhörung anordnet, muss die Schule diese bezahlen.

Verfahren bei der Disziplinierung von Kindern mit Behinderungen

Befugnisse des Schulpersonals

Einzelfallentscheidung

Das Schulpersonal kann von Fall zu Fall alle besonderen Umstände im Rahmen der Feststellung bzw. Überprüfung, ob eine Änderung der Unterbringung, die in Übereinstimmung mit den folgenden Anforderungen in Bezug auf die Disziplin erfolgt, berücksichtigen, und zwar für ein Kind mit einer Behinderung angemessen ist, dass gegen einen Verhaltenskodex der Schule verstößt.

Allgemein

Soweit sie solche Maßnahmen auch für Kinder ohne Behinderungen ergreifen, kann das Schulpersonal ein Kind mit einer Behinderung, das gegen einen Verhaltenskodex für Schüler verstößt, für nicht mehr als 10 Schultage hintereinander von seinem derzeitigen Platz, in eine geeignete alternative pädagogische Übergangseinrichtung (IAES) oder

eine andere Einrichtung verweisen oder eine Suspendierung verordnen. Das Schulpersonal kann auch zusätzliche Verweise des Kindes von nicht mehr als 10 Schultagen in Folge im selben Schuljahr für getrennte Vorfälle von Fehlverhalten verhängen, solange diese Verweise keinen Wechsel der Unterbringung darstellen (siehe Überschrift „Wechsel der Unterbringung aufgrund von disziplinarischen Verweisen“ für die Definition). Sobald ein Kind mit einer Behinderung für insgesamt 10 Schultage im selben Schuljahr von seiner aktuellen Unterbringung entfernt wurde, muss die Schule, während aller folgenden Tage der Entfernung in diesem Schuljahr, Leistungen in jenem Umfang erbringen, der unten unter der Unterüberschrift „Leistungen“ gefordert wird.

Zusätzliche Befugnisse

Wenn das Verhalten, das einen Verstoß gegen den Verhaltenskodex für Schüler darstellte, keine Manifestation der Behinderung des Kindes war und der disziplinarische Wechsel der Unterbringung mehr als 10 Schultage am Stück dauern würde, kann das Schulpersonal die disziplinarischen Verfahren auf dieses Kind mit einer Behinderung in der gleichen Weise und für die gleiche Dauer anwenden, wie auf Kinder ohne Behinderung - mit der Ausnahme, dass die Schule für dieses Kind Leistungen erbringen muss, wie unten unter Leistungen beschrieben. Das ARD-Komitee des Kindes bestimmt die IAES für solche Leistungen.

Dienste

Der Schulbezirk erbringt keine Leistungen für ein Kind mit einer Behinderung oder ein Kind ohne Behinderung, das für 10 Schultage oder weniger in diesem Schuljahr von seinem aktuellen Platz entfernt wurde.

Ein Kind mit einer Behinderung, das für mehr als 10 Schultage von der aktuellen Unterbringung des Kindes entfernt wird und dessen Verhalten keine Manifestation der Behinderung des Kindes ist oder das unter besonderen Umständen entfernt wird, muss:

- weiterhin pädagogische Leistungen erhalten (über

eine FAPE verfügen), damit das Kind weiterhin am allgemeinen Lehrplan teilnehmen kann - wenn auch in einer anderen Umgebung (das kann eine IAES sein), und Fortschritte bei der Erfüllung der im IEP des Kindes festgelegten Ziele machen kann; und

- gegebenenfalls eine funktionale Verhaltensbeurteilung und Verhaltensinterventionsdienste und -modifikationen erhalten kann, die darauf abzielen, die Verhaltensverletzung zu beheben, damit sie sich nicht wiederholt.

Nachdem ein Kind mit einer Behinderung für 10 Schultage in demselben Schuljahr von seiner aktuellen Unterbringung entfernt wurde und, wenn der aktuelle Verweis für 10 aufeinanderfolgende Schultage oder weniger ist und wenn der Verweis keinen Wechsel der Unterbringung darstellt (siehe Definition unten), dann bestimmt das Schulpersonal in Absprache mit mindestens einem der Lehrer des Kindes, inwieweit Leistungen erforderlich sind, um das Kind in die Lage zu versetzen, weiterhin am allgemeinen Bildungslehrplan teilzunehmen - wenn auch in einer anderen Umgebung - und Fortschritte bei der Erreichung der Ziele zu machen, die im IEP des Kindes festgelegt sind.

Wenn es sich bei dem Verweis um einen Wechsel der Unterbringung handelt, bestimmt das ARD-Komitee des Kindes die angemessenen Leistungen, um das Kind in die Lage zu versetzen, weiterhin am allgemeinen Bildungslehrplan teilzunehmen - wenn auch in einer anderen Umgebung (die eine IAES sein kann) - und Fortschritte bei der Erfüllung der im IEP des Kindes festgelegten Ziele zu machen.

Bestimmung der Manifestation

Innerhalb von 10 Schultagen nach einer Entscheidung, die Unterbringung eines Kindes mit einer Behinderung wegen eines Verstoßes gegen einen Verhaltenskodex für Schüler zu ändern (außer bei einem Schulverweis, der für 10 aufeinanderfolgende Schultage oder weniger gilt und keine Änderung der Unterbringung bedeutet), müssen die Schule, Sie und relevante Mitglieder des ARD-Komitees (wie von Ihnen und der Schule bestimmt) alle relevanten Informationen in der Akte

des Schülers überprüfen - einschließlich des IEP des Kindes, jeglicher Beobachtungen des Lehrers und jeglicher relevanter Informationen, die von Ihnen zur Verfügung gestellt wurden, um festzustellen:

- Ob das fragliche Verhalten durch die Behinderung des Kindes verursacht wurde oder in einem direkten und wesentlichen Zusammenhang mit der Behinderung des Kindes stand; oder
- Ob das fragliche Verhalten das direkte Ergebnis des Versäumnisses der Schule war, den IEP des Kindes umzusetzen.

Wenn die Schule, Sie und die zuständigen Mitglieder des ARD-Komitees feststellen, dass eine dieser Bedingungen erfüllt ist, muss das Verhalten als Manifestation der Behinderung des Kindes gewertet werden.

Wenn die Schule, Sie und relevante Mitglieder des ARD-Komitees des Kindes feststellen, dass das fragliche Verhalten das direkte Ergebnis des Versäumnisses der Schule war, den IEP umzusetzen, muss die Schule sofort Maßnahmen ergreifen, um diese Mängel zu beheben.

Feststellung, dass das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Kindes war

Wenn die Schule, Sie und relevante Mitglieder des ARD-Komitees feststellen, dass das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Kindes war, muss das ARD-Komitee entweder:

- Eine funktionale Verhaltensbeurteilung durchführen - es sei denn, die Schule hatte bereits eine funktionale Verhaltensbeurteilung durchgeführt, bevor das Verhalten, das zur Änderung der Unterbringung führte, auftrat - und einen Verhaltensinterventionsplan für das Kind umsetzen; oder
- Wenn bereits ein Verhaltensinterventionsplan entwickelt wurde, den Verhaltensinterventionsplan überprüfen und bei Bedarf ändern, um das Verhalten zu behandeln.

Außer wie unten unter dem Abschnitt „Besondere Umstände“ beschrieben, muss die Schule Ihr Kind an den Platz zurückbringen, von dem Ihr Kind entfernt wurde - es sei denn, Sie und der Bezirk stimmen

einem Wechsel der Unterbringung als Teil der Änderung des Verhaltensinterventionsplans zu.

Besondere Umstände

Unabhängig davon, ob das Verhalten eine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes war oder nicht, kann das Schulpersonal einen Schüler für nicht mehr als 45 Schultage in eine IAES (vom ARD-Komitee des Kindes bestimmt) verweisen, wenn Ihr Kind:

- Eine Waffe (siehe Definition unten) zur Schule trägt oder eine Waffe in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer unter die Zuständigkeit der TEA oder einer Schule fallenden Schulveranstaltung bei sich hat;
- Wissentlich illegale Drogen (siehe Definition unten) besitzt oder konsumiert oder verkauft oder für den Verkauf einer kontrollierten Substanz wirbt (siehe Definition unten), während es sich in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer unter die Zuständigkeit der TEA oder einer Schule fallenden Schulveranstaltung befindet; oder
- Einer anderen Person in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer unter die Zuständigkeit der TEA oder einer Schule fallenden Schulveranstaltung, eine schwere Körperverletzung (siehe Definition unten) zugefügt hat.

Definitionen

Kontrollierte Substanz bedeutet eine Droge oder eine andere Substanz, die unter den Listen I, II, III, IV oder V in Abschnitt 202(c) des Controlled Substances Act (21 U.S.C. 812(c)) aufgeführt ist.

Illegale Droge bedeutet eine kontrollierte Substanz; schließt jedoch keine kontrollierte Substanz ein, die unter der Aufsicht einer lizenzierten medizinischen Fachkraft legal besessen oder verwendet wird oder die unter einer anderen Befugnis nach diesem Gesetz oder nach einer anderen Bestimmung des Bundesrechts legal besessen oder verwendet wird.

Schwere Körperverletzung hat die Bedeutung, die dem Begriff schwere Körperverletzung gemäß Absatz (3) des Unterabschnitts (h) von Abschnitt

1365 des Titels 18 des United States Code zukommt.

Waffe hat die Bedeutung, die dem Begriff gefährliche Waffe gemäß Absatz (2) des ersten Unterabschnitts (g) von Abschnitt 930 des Titels 18 des United States Code zukommt.

Benachrichtigung

An dem Tag, an dem der Schulbezirk die Entscheidung trifft, Ihr Kind wegen eines Verstoßes gegen einen Verhaltenskodex für Schüler, von der Schule zu verweisen, muss er Sie von dieser Entscheidung in Kenntnis setzen und Ihnen eine Benachrichtigung über die Verfahrensgarantien zukommen lassen.

Änderung der Unterbringung aufgrund eines Disziplinarverweises

Ein Verweis Ihres Kindes mit einer Behinderung von der aktuellen Bildungseinrichtung Ihres Kindes, stellt einen Wechsel der Einrichtung dar, wenn:

- Der Verweis für mehr als 10 aufeinanderfolgende Schultage erfolgt; oder
- Für Ihr Kind einer Reihe von Verweisen ausgesprochen wurden, die ein Muster darstellen, weil:
 - Die Serie der Verweise insgesamt mehr als 10 Schultage in einem Schuljahr umfasst;
 - Das Verhalten Ihres Kindes im Wesentlichen dem Verhalten des Kindes bei früheren Vorfällen ähnelt, die zu der Serie von Schulverweisen führten; und
 - von zusätzlichen Faktoren wie der Dauer der einzelnen Schulverweise, der Gesamtzeit, in der Ihr Kind entfernt wurde, und der Nähe der Schulverweise zueinander beeinflusst wird.

Ob ein Muster von Entfernungen eine Änderung der Unterbringung begründet, wird von der Schule von Fall zu Fall entschieden und unterliegt im Fall des Widerspruchs der Prüfung durch ein rechtliches bzw. gerichtliches Verfahren.

Feststellung der Einrichtung

Das ARD-Komitee bestimmt den IAES für Entfernungen, bei denen es sich um eine Änderung der Unterbringung handelt, sowie für Entfernungen in

den Bereichen „Zusätzliche Befugnisse“ und „Besondere Umstände“.

Berufung

Allgemein

Sie können einen Antrag auf gerichtliche Anhörung einreichen, um eine Anhörung zu beantragen, wenn Sie mit Folgendem nicht einverstanden sind:

- Jeder Entscheidung bezüglich der Unterbringung, die gemäß diesen Disziplinvorschriften getroffen wurde; oder
- Der oben beschriebene Manifestationsbestimmung.

Die Schule kann einen Antrag auf gerichtliche Anhörung einreichen, um eine ordnungsgemäße Anhörung zu beantragen, wenn sie der Meinung ist, dass die Beibehaltung der aktuellen Unterbringung Ihres Kindes mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung Ihres Kindes oder anderer Personen führen würde.

Befugnisse des Anhörungsbeauftragten

Ein Anhörungsbeauftragter, der die im nachstehenden Abschnitt über ordnungsgemäße Verfahrensabläufe beschriebenen Anforderungen erfüllt, muss die ordnungsgemäße Verfahrensanhörung durchführen und eine Entscheidung treffen. Der Anhörungsbeauftragte kann:

- Ihr Kind mit einer Behinderung an die Unterbringung zurückschicken, von der Ihr Kind entfernt wurde, wenn der Anhörungsbeauftragte feststellt, dass die Entfernung ein Verstoß gegen die unter der Überschrift „Befugnisse des Schulpersonals“ beschriebenen Anforderungen darstellte oder, dass das Verhalten Ihres Kindes eine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes repräsentierte; oder
- einen Wechsel der Unterbringung Ihres Kindes mit einer Behinderung zu einer geeigneten IAES für nicht mehr als 45 Schultage anordnen, wenn der Anhörungsbeauftragte feststellen, dass die Beibehaltung der derzeitigen Unterbringung Ihres Kindes mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung Ihres Kindes oder anderer Personen

Mitteilung der Verfahrensgarantien

Bildungsbehörde von Texas | Abteilung für Sonderbeschulung
September 2022

führen würde.

Diese Anhörungsverfahren können wiederholt werden, wenn die Schule der Meinung ist, dass die Rückführung Ihres Kindes an die ursprüngliche Unterbringung mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung Ihres Kindes oder anderer Personen führen würde.

Wenn Sie oder eine Schule einen Antrag auf gerichtliche Anhörung einreichen, um eine solche Anhörung zu beantragen, muss eine Anhörung abgehalten werden, die die im Abschnitt über ordnungsgemäße Verfahren unten beschriebenen Anforderungen erfüllt, und zwar mit den folgenden Ausnahmen:

- Die TEA oder die Schule muss eine beschleunigte Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren arrangieren, die innerhalb von 20 Schultagen ab dem Datum, an dem die Anhörung beantragt wurde, stattfinden und innerhalb von 10 Schultagen nach der Anhörung zu einer Entscheidung führen muss.
- Sofern Sie und die Schule nicht schriftlich vereinbaren, auf die Anhörung zu verzichten oder sich auf eine Mediation einigen, muss die Anhörung innerhalb von sieben Kalendertagen nach Erhalt des Antrags auf gerichtliche Anhörung stattfinden. Die Anhörung kann fortgesetzt werden, wenn die Angelegenheit nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt des Antrags zur Zufriedenheit beider Parteien gelöst wurde.
- Ein Staat kann für beschleunigte Anhörungen zu einem ordnungsgemäßen Verfahren andere Verfahrensregeln festlegen als für andere Anhörungen zu einem ordnungsgemäßen Verfahren, aber mit Ausnahme der Fristen müssen diese Regeln mit den Regeln in diesem Dokument zu Anhörungen zu einem ordnungsgemäßen Verfahren übereinstimmen.

Sie oder die Schule können gegen die Entscheidung in einem beschleunigten Verfahren auf dieselbe Weise Berufung einlegen, wie gegen Entscheidungen in anderen Verfahren (siehe Abschnitt über Zivilklagen).

Unterbringung während des Berufungsverfahrens

Wenn Sie oder die Schule - wie oben beschrieben - einen Antrag auf gerichtliche Anhörung im Zusammenhang mit disziplinarischen Angelegenheiten einreichen, muss Ihr Kind (sofern Sie und die TEA oder die Schule nichts anderes vereinbaren) in der IAES verbleiben, bis die Entscheidung des Anhörungsbeauftragten ergangen ist oder bis zum Ablauf des Zeitraums der Entfernung - wie unter der Überschrift „Befugnisse des Schulpersonals“ vorgesehen und beschrieben - je nachdem, was zuerst eintritt.

Schutz für Kinder, die noch nicht für die Sonderbeschulung eingestuft wurden

Allgemein

Wenn für Ihr Kind noch kein Anspruch auf Sonderbeschulungs- und damit verbundene Leistungen festgestellt wurde und es gegen einen Verhaltenskodex für Schüler verstößt, die Schule aber vor dem Verhalten, das zu der Disziplinarmaßnahme geführt hat, Kenntnis davon hatte (wie unten festgelegt), dass Ihr Kind ein Kind mit einer Behinderung ist, dann kann Ihr Kind jede der in diesem Hinweis beschriebenen Schutzmaßnahmen geltend machen.

Wissensgrundlage für Disziplinarangelegenheiten

Es wird davon ausgegangen, dass eine Schule Kenntnis davon hat, dass Ihr Kind ein Kind mit einer Behinderung ist, wenn vor dem Verhalten, das zu der disziplinarischen Maßnahme geführt hat:

- Sie schriftlich gegenüber Aufsichts- oder Verwaltungspersonal der zuständigen Bildungsbehörde oder gegenüber dem Lehrer Ihres Kindes, die Besorgnis geäußert haben, dass Ihr Kind Sonderbeschulungs- und damit verbundene Leistungen benötigt;
- Sie eine Beurteilung in Bezug auf die Berechtigung für Sonderbeschulungs- und damit verbundene Leistungen gemäß IDEA Teil B beantragt haben; oder

- Der Lehrer Ihres Kindes oder anderes Schulpersonal spezifische Bedenken in Bezug auf ein von Ihrem Kind gezeigtes Verhaltensmuster direkt an den Leiter der Sonderpädagogik der Schule oder an anderes Aufsichtspersonal der Schule herangetragen hat.

Ausnahme – Von einer Schule wird nicht angenommen, dass sie solche Kenntnisse hat, wenn:

- Sie einer Beurteilung Ihres Kindes nicht zugestimmt oder Sonderbeschulungsleistungen abgelehnt haben; oder
- Ihr Kind evaluiert und als nicht behindertes Kind gemäß IDEA Teil B eingestuft wurde.

Bedingungen, die gelten, wenn keine Wissensgrundlage vorhanden ist

Wenn eine Schule vor der Ergreifung disziplinarischer Maßnahmen gegen Ihr Kind, keine Kenntnis davon hat, dass Ihr Kind ein Kind mit einer Behinderung ist - wie oben unter „Wissensgrundlage für Disziplinarangelegenheiten und Ausnahme“ beschrieben - **kann Ihr Kind den disziplinarischen Maßnahmen unterworfen werden, die auf jene Kinder ohne Behinderung angewendet werden**, die vergleichbare Verhaltensweisen zeigen. Wenn allerdings während der Zeit, in der Ihr Kind Disziplinarmaßnahmen unterzogen wurde, eine Anfangsbeurteilung Ihres Kindes verlangt wurde, muss die Beurteilung auf beschleunigte Weise durchgeführt werden. Bis zum Abschluss der Beurteilung verbleibt Ihr Kind in der von der Schulbehörde bestimmten schulischen Unterbringung, was Suspendierung oder Ausschluss vom Unterricht ohne Beschulungsleistungen einschließen kann. Wenn festgestellt wird, dass Ihr Kind ein Kind mit einer Behinderung ist, muss die Schule - unter Berücksichtigung der Informationen aus der von der Schule durchgeführten Bewertung und der von Ihnen zur Verfügung gestellten Informationen - Sonderbeschulungs- und damit verbundene Leistungen, in Übereinstimmung mit IDEA Teil B, anbieten, einschließlich der oben beschriebenen disziplinarischen Anforderungen.

Überweisung an und Maßnahmen der Strafvollzugs- und Justizbehörden

Die IDEA Teil B

- verbietet einer Behörde nicht, eine von einem Kind mit einer Behinderung begangene Straftat bei den entsprechenden Behörden anzuzeigen, und
- hält die texanischen Strafvollzugs- und Justizbehörden nicht von der Ausübung Ihrer Verantwortung im Hinblick auf die Durchsetzung staatlicher und bundesstaatlicher Gesetze auf von einem Kind mit einer Behinderung begangene Straftaten ab.

Übermittlung von Aufzeichnungen

Wenn eine Schule eine von einem Kind mit einer Behinderung begangene Straftat anzeigt,

- muss die Schule sicherstellen, dass Kopien der Aufzeichnungen der Sonderbeschulung und Disziplinarmaßnahmen des Kindes zur Berücksichtigung durch die Behörden an die Stelle weitergeleitet werden, bei der die Behörde die Straftat anzeigt; und
- darf die Schule Kopien der Sonderschul- und Disziplinarakten des Kindes nur in dem Maße weitergeben, wie es der Family Educational Rights and Privacy Act (**FERPA**) erlaubt.

Vertraulichkeit der Daten

Die in diese Abschnitte verwendeten Begriffe haben die folgende Bedeutung:

Vernichtung bedeutet die physische Zerstörung oder Entfernung von persönlichen Identifizierungsmerkmalen aus den Daten, sodass die Daten nicht mehr persönlich identifizierbar sind.

Schulische Aufzeichnungen repräsentieren jene Art von Aufzeichnungen, die unter die Definition von schulischen Aufzeichnungen fallen; siehe in 34 CFR Teil 99 (die Vorschriften zur Umsetzung des Family Educational Rights and Privacy Act (FERPA) von 1974, 20 U.S.C. 1232g).

Teilnehmende Behörde bedeutet jeder Schulbezirk, jede Behörde oder Institution, die im Rahmen von IDEA Teil B, personenbezogene Daten

sammelt, verwaltet oder verwendet oder von der solche Daten erhalten werden.

Personenbezogene Daten umfassen: den Namen Ihres Kindes, Ihr Name als Elternteil oder den Namen eines anderen Familienmitglieds; die Adresse Ihres Kindes; eine persönliche Kennung wie die Sozialversicherungsnummer Ihres Kindes; oder eine Liste persönlicher Merkmale oder anderer Informationen, die es ermöglichen würden, Ihr Kind mit angemessener Sicherheit zu identifizieren.

Sie haben das Recht, die gesamten schulischen Aufzeichnungen Ihres Kindes einschließlich der Teile mit Bezug auf Sonderbeschulung zu prüfen. Die Schule kann davon ausgehen, dass Sie zur Ansicht und Prüfung von Aufzeichnungen in Bezug auf Ihr Kind berechtigt sind, sofern ihr nicht mitgeteilt wurde, dass Sie hierzu unter geltendem bundesstaatlichem Gesetz zur Regelung solcher Angelegenheiten wie Vormundschaft, Trennung und Scheidung nicht berechtigt sind. Sie können auch jemand anderem die Erlaubnis erteilen, die Aufzeichnungen über Ihr Kind einzusehen. Wenn Sie Einsicht in die Aufzeichnungen verlangen, muss die Schule diese ohne unnötige Verzögerung und vor jeder Sitzung bezüglich der IEP Ihres Kindes, einer gerichtlichen Anhörung oder Urteilsverkündung und in keinem Fall mehr als 45 Tage nach Datum der Anfrage verfügbar machen.

Klärung, Kopien und Gebühren

Die Schule muss die Aufzeichnungen auf Ihre Anfrage in angemessenem Umfang erklären und interpretieren. Wenn dies der einzige Weg ist, wie Sie die Aufzeichnungen einsehen und prüfen können, muss die Schule Kopien für Sie anfertigen. Die Schule darf keine Gebühr für die Suche nach und das Auffinden von schulischen Aufzeichnungen über Ihr Kind verlangen. Sie kann jedoch eine Gebühr für das Kopieren berechnen, wenn diese Gebühr Ihnen die Einsichtnahme und Prüfung der Aufzeichnungen nicht unmöglich macht.

Informationen zu mehr als einem Kind

Wenn eine schulische Aufzeichnung Informationen zu mehr als einem Kind enthält, haben Sie nur das Recht, die Ihr Kind betreffenden Informationen einzusehen

bzw. über diese bestimmten Informationen informiert zu werden.

Zustimmung zur Offenlegung von personenbezogenen Daten

Sofern die Informationen nicht in schulischen Aufzeichnungen enthalten sind und die Offenlegung ohne elterliche Zustimmung gemäß FERPA erlaubt ist, muss Ihre Zustimmung eingeholt werden, bevor personenbezogene Daten an andere Parteien - als Beamte der teilnehmenden Behörden - weitergegeben werden. Ihre Zustimmung ist nicht erforderlich, bevor personenbezogene Daten an Beamte der teilnehmenden Behörden weitergegeben werden, um eine Anforderung von IDEA Teil B zu erfüllen.

Ihre Zustimmung, bzw. die Zustimmung eines Kindes, das unter bundesstaatlichem Recht das Volljährigkeitsalter erreicht hat, muss eingeholt werden, bevor persönlich zuordenbare Informationen an Beamte beteiligter Behörden, die Übergangsleistungen bereitstellen oder bezahlen, weitergegeben werden.

Wenn Ihr Kind eine private Schule eingeschrieben ist oder sich einschreiben wird, die sich nicht im selben Bezirk befindet wie Ihr Wohnsitz, muss Ihr Einverständnis eingeholt werden, bevor persönlich zuordenbare Informationen über Ihr Kind zwischen öffentlichen Stellen innerhalb des Bezirks, in dem die private Schule sich befindet, und des Bezirks, in dem Sie wohnen, ausgetauscht werden.

Die Schule muss ein Protokoll über jeden führen (mit Ausnahme Ihrer Person und autorisierten Vertretern der Schule), der die Sonderbeschulungsaufzeichnungen über Ihr Kind einsieht, es sei denn, Sie haben der Einsichtnahme zugestimmt. Dieses Protokoll muss den Namen der Person, das Datum der Zugriffsgewährung und den Zweck, für den die Person zur Einsichtnahme der Aufzeichnungen berechtigt ist, enthalten.

Ein Vertreter der Schule muss mit der Zuständigkeit für die Gewährleistung der Vertraulichkeit aller persönlich zuordenbaren Informationen betraut werden. Alle Personen, die persönlich

zuordenbare Informationen erheben oder nutzen, müssen Schulung oder Anleitung betreffend die bundesstaatlichen Vertraulichkeitsrichtlinien und -Verfahren unter dem IDEA und dem FERPA erhalten. Jede Schule muss für den Zweck öffentlicher Prüfung eine aktuelle Liste der Namen und Positionen derjenigen Mitarbeiter innerhalb der Schule führen, die Zugang zu persönlich zuordenbaren Informationen haben können.

Änderung von Aufzeichnungen

Wenn Sie glauben, dass die schulischen Aufzeichnungen über Ihr Kind unzutreffend oder irreführend sind oder die Rechte Ihres Kindes verletzen, können Sie von der Schule verlangen, die Informationen zu ändern. Die Schule muss innerhalb eines angemessenen Zeitraums entscheiden, ob die Informationen geändert werden. Wenn die Schule es ablehnt, die Informationen wie verlangt zu ändern, muss sie Sie über die Ablehnung und Ihr Recht auf eine Anhörung zwecks Widerspruchs gegen die Informationen in den Aufzeichnungen in Kenntnis setzen. Bei dieser Art von Anhörung handelt es sich um eine lokale Anhörung unter dem FERPA und nicht um eine vor einem unabhängigen Anhörungsbeamten abgehaltene gerichtliche Anhörung.

Wenn die Schule infolge der Anhörung entscheidet, dass die Informationen unzutreffend oder irreführend sind oder anderweitig gegen die Datenschutz- und anderen Rechte Ihres Kindes verstoßen, müssen die Informationen geändert und Sie schriftlich benachrichtigt werden. Wenn die Schule infolge der Anhörung entscheidet, dass die Informationen nicht unzutreffend oder irreführend sind oder anderweitig gegen die Datenschutz- oder andere Rechte Ihres Kindes verstoßen, müssen Sie über Ihr Recht in Kenntnis gesetzt werden, den Aufzeichnungen über Ihr Kind eine Erklärung hinzuzufügen, in der Sie die Informationen kommentieren, die solange bei den Aufzeichnungen verbleibt, wie diese bzw. der fragliche Teil davon von der Schule gepflegt werden.

Wenn Sie Ihre Einwilligung in die Sonderbeschulung Ihres Kindes und dessen Erhalt von damit

verbundenen Leistungen schriftlich widerrufen, nachdem die Schule solche Leistungen anfänglich für Ihr Kind bereitgestellt hat, ist die Schule nicht verpflichtet, die schulischen Aufzeichnungen über Ihr Kind zu ändern und Verweise auf die vorherigen Sonderbeschulungs- und damit verbundenen Leistungen Ihres Kindes zu entfernen. Sie haben jedoch trotzdem das Recht, die Änderung der Aufzeichnungen über Ihr Kind von der Schule zu verlangen, wenn Sie glauben, dass die Aufzeichnungen unzutreffend oder irreführend sind oder die Rechte Ihres Kindes verletzen.

Schutzmechanismen und Vernichtung

Die Schule muss die Vertraulichkeit der Aufzeichnungen in Bezug auf Ihr Kind während der Phasen der Erhebung, Verwahrung, Weitergabe und Vernichtung schützen. *Vernichtung* bedeutet die physische Vernichtung oder die Entfernung persönlicher Kennzeichnungen von Informationen, sodass die Informationen nicht mehr persönlich zuordenbar sind. Die Schule muss Ihnen mitteilen, wenn Informationen in den Aufzeichnungen Ihres Kindes nicht mehr für die Versorgung Ihres Kindes mit Bildungsleistungen benötigt werden. Die Informationen - außer Name, Anschrift, Telefonnummer, Noten, Anwesenheitsnachweis, besuchte Klassen/Kurse, erreichter Abschluss und betreffendes Jahr - müssen auf Ihr Verlangen hin vernichtet werden.

Benachrichtigung der Eltern

Die TEA muss die Eltern umfassend über die Vertraulichkeit von personenbezogenen Informationen informieren, einschließlich: einer Beschreibung des Ausmaßes, in dem die Mitteilung in den Muttersprachen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Bundesstaat gegeben wird; einer Beschreibung der Kinder, über die personenbezogene Informationen geführt werden; der Arten nachgesuchter Informationen; der bei der Erhebung der Informationen zu verwendenden Methoden - einschließlich der Quellen, von denen die Informationen erhoben werden und der Verwendungszwecke der Informationen; einer Zusammenfassung der Richtlinie und Verfahren, die

von teilnehmenden Behörden in Bezug auf die Verwahrung, Weitergabe an Dritte, Einbehaltung und Vernichtung personenbezogener Informationen zu befolgen sind; und einer Beschreibung aller Rechte von Eltern und Kindern in Bezug auf diese Informationen - einschließlich der Rechte unter dem FERPA und seiner Durchführungsbestimmungen in 34 Code of Federal Regulations (CFR = Bundesgesetzbuch) Teil 99.

Freiwillige Unterbringung in Privat-schulen durch Eltern

Wenn Sie Ihr Kind freiwillig in einer privaten Schule unterbringen, erwachsen Ihnen hieraus besondere Rechte. Der IDEA verlangt von einer staatlichen Schule nicht, die Kosten der Beschulung, einschließlich Sonderbeschulung und damit verbundenen Leistungen, für Ihr Kind mit einer Behinderung an einer privaten Schule oder Einrichtung zu bezahlen, wenn die staatliche Schule FAPE für Ihr Kind verfügbar gemacht hat, Sie aber gewählt haben, das Kind an einer privaten Schule oder Einrichtung unterzubringen. Die staatliche Schule in dem Bezirk, in dem die private Schule liegt, muss Ihr Kind jedoch in die Bevölkerung einschließen, deren Bedarf gemäß den Bestimmungen des IDEA betreffend Kinder, die von ihren Eltern in einer privaten Schule untergebracht wurden, gedeckt wurde.

Voraussetzungen für die einseitige, durch Eltern vorgenommene Unterbringung von Kindern in Privatschulen, und zwar auf öffentliche Kosten

Wenn Sie Ihr Kind an einer privaten Schule unterbringen, weil Sie mit der staatlichen Schule hinsichtlich der Verfügbarkeit eines angemessenen Programms für Ihr Kind nicht einverstanden sind, erwachsen Ihnen hieraus bestimmte Rechte.

Wenn Ihr Kind zuvor unter der Aufsicht einer staatlichen Schule Sonderbeschulung und damit verbundene Leistungen erhalten hat, Sie aber wählen, Ihr Kind ohne das Einverständnis oder die Empfehlung der staatlichen Schule auf einer privaten Vorschule, Grundschule oder weiterführenden Schule einzuschreiben, kann ein Gericht oder ein

Anhörungsbeamter von der staatlichen Schule verlangen, Ihnen die Kosten dieser Einschreibung zu erstatten, wenn das Gericht bzw. der Anhörungsbeamte zu der Ansicht gelangt, dass die öffentliche Schule vor dieser Einschreibung FAPE nicht fristgerecht für Ihr Kind verfügbar gemacht hat und die Privatschulunterbringung angemessen ist. Ein Anhörungsbeamter oder ein Gericht können auch dann befinden, dass Ihre Unterbringung angemessen ist, wenn die Unterbringung den von der TEA und den Schulen für die schulische Bildung bereitgestellten geltenden bundesstaatlichen Standards nicht entspricht.

Begrenzung der Erstattung

Die im obigen Absatz beschriebene Kostenerstattung kann reduziert oder verweigert werden, wenn: Sie auf der jüngsten von Ihnen besuchten Sitzung des ARD-Komitees vor der Entfernung Ihres Kindes aus der staatlichen Schule das ARD-Komitee nicht darüber informiert haben, dass Sie die von der Schule zur Leistung von FAPE vorgeschlagene Unterbringung ablehnten, einschließlich einer Erklärung Ihrer Einwände und Ihrer Absicht, Ihr Kind auf staatliche Kosten an einer privaten Schule einzuschreiben; oder Sie es versäumt haben, die staatliche Schule mindestens 10 Werktage, einschließlich auf Werktage fallende Feiertage vor Ihrer Entfernung Ihres Kindes von der staatlichen Schule, hierüber in Kenntnis zu setzen; oder die staatliche Schule Sie vor Ihrer Entfernung Ihres Kindes von der staatlichen Schule vorab schriftlich über die Absicht der Schule, Ihr Kind einer Beurteilung zu unterziehen, benachrichtigt hat, einschließlich einer angemessenen Erklärung des Zwecks der Beurteilung, Sie das Kind aber nicht für die Beurteilung verfügbar gemacht haben; oder wenn ein Gericht befindet, dass Ihre Handlungen unangemessen waren.

Die Kostenerstattung darf jedoch nicht aufgrund versäumter Benachrichtigung verweigert werden, wenn: die öffentliche Schule Sie an Mitteilung gehindert hat; Sie keine Benachrichtigung betreffend Ihre Pflicht zu oben beschriebener Mitteilung erhalten haben; oder wenn die Übereinstimmung mit den obigen Anforderungen wahrscheinlich zu physischer Schädigung Ihres

Kindes führen würden. Nach dem Ermessen des Gerichts oder eines Anhörungsbeamten kann die Erstattung der Kosten aufgrund Ihres Versäumnisses, die erforderliche Mitteilung zu leisten, nicht reduziert oder verweigert werden, wenn Sie Analphabet sind oder nicht in englischer Sprache schreiben können; oder wenn die Übereinstimmung mit den obigen Anforderungen wahrscheinlich zu physischer Schädigung Ihres Kindes führen würde.

Übertragung von elterlichen Rechten

Alle elterlichen Rechte im Rahmen von IDEA gehen auf das Kind über, sobald es die Volljährigkeit erreicht hat. Das Volljährigkeitsalter wird unter texanischem Gesetz mit 18 Jahren erreicht. Für die Mehrheit der Kinder gehen alle in diesem Dokument diskutierten elterlichen Rechte im Alter von 18 Jahren auf das Kind über. Wenn das Elternrecht auf Ihren erwachsenen Schüler übertragen wird, hat er/sie das Recht, Entscheidungen bezüglich der Erziehung zu treffen, auch wenn die öffentliche Schule Sie weiterhin über ARD-Ausschusssitzungen und vorherige schriftliche Mitteilungen zu informieren hat. Sie dürfen allerdings nicht an Sitzungen teilnehmen, sofern Sie nicht von dem volljährigen Schüler oder der Schule spezifisch eingeladen werden oder sofern Ihr volljähriger Schüler Ihnen das Recht in einer unterstützten Entscheidungsfindung gibt.

Gerichtlich ernannter Vormund für einen erwachsenen Schüler

Wenn ein Gericht Sie oder eine andere Person zum gesetzlichen Vertreter des erwachsenen Schülers ernannt hat, gehen die Rechte unter dem IDEA nicht auf den volljährigen Schüler über. Der gesetzlich ernannte Vormund erhält die Rechte.

Inhaftierter volljähriger Schüler

Wenn der volljährige Schüler inhaftiert ist, gehen alle IDEA-Rechte bei Erreichen des Alters von 18 Jahren auf den volljährigen Schüler über. Sie werden das Recht auf den Erhalt schriftlicher Benachrichtigungen in Bezug auf Sonderbeschulung nicht behalten.

Volljährige Schüler unter 18 Jahren

Wie in Kapitel 31 des texanischen Familiengesetzes ("Texas Family Code") beschrieben gibt es bestimmte Bedingungen, unter denen ein Kind die Volljährigkeit vor dem Alter von 18 Jahren erreichen kann. Wenn Ihr Kind gemäß diesem Kapitel volljährig wird, gehen die Rechte unter dem IDEA zu diesem Zeitpunkt auf es über.

Alternativen zur Vormundschaft

Die öffentliche Schule muss gültige Vollmachten und gültige und von Ihrem erwachsenen Schüler in Anspruch genommene unterstützte Entscheidungsvereinbarungen einhalten.

Erforderliche Hinweise und Informationen

An oder vor dem 17. Geburtstag Ihres Kindes muss die öffentliche Schule Ihnen und Ihrem Kind eine schriftliche Mitteilung zukommen lassen, in der die Übertragung der Elternrechte beschrieben wird, und die Informationen über Vormundschaft und Alternativen zur Vormundschaft, einschließlich unterstützter Entscheidungsvereinbarungen, sowie anderer Formen der Unterstützungen enthalten, die Ihrem Kind helfen können, unabhängig zu leben. Das IEP Ihres Kindes muss auch angeben, dass die öffentliche Schule diese Informationen zur Verfügung gestellt hat.

Zum 18. Geburtstag Ihres Kindes muss die öffentliche Schule Ihnen und Ihrem Kind schriftlich mitteilen, dass die Elternrechte auf den erwachsenen Schüler übertragen wurden. Diese schriftliche Mitteilung muss Informationen und Materialien zu Vormundschaft und Alternativen zur Vormundschaft enthalten, einschließlich unterstützter Entscheidungsvereinbarungen und anderer Formen der Unterstützungen, die Ihrem Kind helfen, unabhängig zu leben. Diese schriftliche Mitteilung muss auch Kontaktinformationen enthalten, die bei der Suche nach zusätzlichen Informationen verwendet werden können.

Informationen zur Sonderbeschulung

Mit spezifischen Fragen zur Sonderbeschulung wenden Sie sich bitte an das Special Education Information Center unter der Telefonnummer 1-

855-SPEDEX (1-855-773-3839). Wenn Sie unter dieser Nummer eine Nachricht hinterlassen, wird Sie jemand während der normalen Geschäftszeiten zurückrufen. Gehörlose oder hörbehinderte Personen können die obige Voice-Nummer unter Verwendung von Relay Texas unter 7-1-1 anrufen.

Beilegung von Streitigkeiten

Es kann vorkommen, dass Sie mit den von der Schule in Bezug auf die Sonderbeschulungs- und damit verbundenen Leistungen für Ihr Kind ergriffenen Maßnahmen nicht einverstanden sind. Sie sind unbedingt angehalten, auftretende Meinungsverschiedenheiten in Zusammenarbeit mit dem Schulpersonal beizulegen. Sie können die Schule fragen, welche Optionen zur Beilegung von Disputen sie anbietet. Die TEA bietet vier formale Optionen zur Beilegung von Disputen betreffend Fragen der Sonderbeschulung: bundesstaatliche IEP-Vermittlung, Inanspruchnahme von Schlichtungsleistungen, das Beschwerdebeilegungsverfahren für Sonderbeschulung und das gerichtliche Anhörungsverfahren.

Unterschiede zwischen den Verfahren für gerichtliche Anhörung und Anhörungen und Beschwerden über sonderpädagogische Förderung

Die Bundesvorschriften für die Sonderschulbildung sehen getrennte Verfahren für Beschwerden über die Sonderschulbildung und für Beschwerden und Anhörungen im Rahmen einer gerichtlichen Anhörung vor. Wie oben erläutert, kann jede Einzelperson oder Organisation, auch außerhalb des Bundesstaates, eine Beschwerde über sonderpädagogische Förderung einreichen, in der eine Verletzung einer Anforderung des IDEA Teil B durch eine Schule, die TEA oder eine andere öffentliche Behörde vorgebracht wird. Nur Sie oder eine Schule können einen Antrag auf gerichtliche Anhörung in einer Angelegenheit einreichen, die sich auf einen Vorschlag oder eine Weigerung bezieht, die Identifizierung, Beurteilung oder schulische Unterbringung eines Kindes mit einer Behinderung oder die Bereitstellung von FAPE für das Kind

einzuweisen oder zu ändern. Während die TEA im Allgemeinen eine sonderpädagogische Beschwerde innerhalb einer Frist von 60 Kalendertagen lösen muss, muss ein unparteiischer Anhörungsbeauftragter einen Antrag auf gerichtliche Anhörung anhören (wenn sie nicht durch ein Schlichtungsgespräch oder durch Mediation gelöst wurde) und eine schriftliche Entscheidung innerhalb von 45 Kalendertagen nach dem Ende der Schlichtungsfrist herausgeben (siehe dieses Dokument, Überschrift „Schlichtungsverfahren“) - es sei denn, der Anhörungsbeauftragte gewährt eine spezifische Verlängerung der Frist auf Ihren Antrag oder den Antrag der Schule.

Bundesstaatliche IEP

Ein im Jahr 2013 erlassenes bundesstaatliches Gesetz verlangt von der TEA die Einrichtung eines bundesstaatlichen IEP-Vermittlungsprojekts zur Bereitstellung unabhängiger IEP-Vermittler zur Einberufung einer Sitzung des ARD-Komitees unter Beteiligung der Parteien, die sich in einem Disput betreffend Entscheidungen über die Bereitstellung von FAPE für einen Schüler mit einer Behinderung befinden. Die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit die TEA einen unabhängigen Vermittler zur Verfügung stellt, sind wie folgt:

- Das entsprechende Antragsformular muss ausgefüllt und sowohl von Ihnen als auch von der Schule unterzeichnet werden. Das Formular ist auf Englisch und Spanisch verfügbar und zwar online unter [Individualized Education Program Facilitation \(Link: bit.ly/3spluIV\)](https://www.tea.texas.gov/individualized-education-program-facilitation). Es ist auch auf Anfrage bei der TEA erhältlich.
- Der Disput muss sich auf eine Sitzung des ARD-Komitees beziehen, in der keine Einigung über eines oder mehr der erforderlichen Elemente des IEP erzielt wurde und in der das ARD-Komitee vereinbart hat, die Sitzung zu vertagen und neu einzuberufen.
- Sie und die Schule müssen das erforderliche Antragsformular binnen fünf Kalendertagen ab der Sitzung des ARD-Komitees, in der keine

Einigung erzielt werden konnte, eingereicht haben und es muss an dem für die erneute Einberufung der Sitzung festgesetzten Datum ein Vermittler verfügbar sein.

- Der Disput darf sich nicht auf eine Manifestationsfeststellung oder die Bestimmung einer IAES beziehen.
- Sie und die Schule dürfen nicht gleichzeitig in Sonderbeschulungsschlichtung involviert sein.
- Die strittigen Punkte dürfen nicht das Thema einer Sonderbeschulungsklage oder einer gerichtlichen Anhörung zu einer Sonderbeschulungsangelegenheit sein.
- Sie und die Schule dürfen nicht an einer IEP-Vermittlung betreffend das gleiche Kind innerhalb desselben Schuljahres, in dem der aktuelle Antrag auf IEP-Vermittlung eingereicht wurde, teilgenommen haben.
- Staatliche Regeln, die sich auf das IEP-Erleichterungsprogramm des Bundesstaates beziehen, finden Sie unter [19 TAC §89.1197 \(Link: bit.ly/3bCULCL\)](#).

Schlichtungsverfahren

Die Schlichtung muss für die Beilegung von Streitigkeiten in Bezug auf jede Angelegenheit unter IDEA Teil B zur Verfügung stehen - einschließlich Angelegenheiten, die vor der Einreichung eines Antrags auf gerichtliche Anhörung entstanden sind. Somit steht die Schlichtung zur Verfügung, um Streitigkeiten unter IDEA Teil B zu lösen - unabhängig davon, ob Sie einen Antrag eingereicht haben, um eine Anhörung zu beantragen, wie unter der Überschrift „Ordnungsgemäße Verfahren“ beschrieben. Die Mediation ist nicht auf Streitigkeiten zwischen Eltern und Schulen bezüglich der Identifizierung, Beurteilung oder schulischen Platzierung des Kindes oder der Bereitstellung von FAPE für das Kind beschränkt.

Das Schlichtungsverfahren ist freiwillig. Wenn Sie und die Schule also freiwillig vereinbaren, Schlichtungsleistungen in Anspruch zu nehmen, macht die TEA die Arrangements und bezahlt für das

Schlichtungsverfahren. Ein Schlichtungsverfahren darf nicht benutzt werden, um eine gerichtliche Anhörung zu verzögern oder Ihnen eine solche oder andere Rechte unter dem IDEA zu verweigern.

Immer wenn eine gerichtliche Anhörung verlangt wird, bietet die TEA automatisch Schlichtungsdienste an. Sie können aber jederzeit um Schlichtungsleistungen bitten, wenn Sie eine Meinungsverschiedenheit mit der Schule, betreffend jeglicher Angelegenheiten nach IDEA Teil B, haben.

Die Vermittler sind keine Mitarbeiter der TEA oder des Schulbezirks, der an der Erziehung oder Betreuung des Kindes beteiligt ist, das Gegenstand des Schlichtungsverfahrens ist, und dürfen keine persönlichen oder beruflichen Interessen haben, die ihre Objektivität beeinflussen könnten. Eine Person, die sich anderweitig als Vermittler qualifiziert, ist kein Angestellter eines Schulbezirks oder der TEA, nur weil er/sie von der TEA dafür bezahlt wird, als Vermittler zu fungieren. Die Vermittler sind in der Beilegung von Streitigkeiten geschulte und qualifizierte Fachleute, die sich mit der Gesetzgebung im Bereich Sonderbeschulung auskennen. Aufgabe des Vermittlers ist es, objektiv zu sein und nicht für eine der Parteien, zwischen denen vermittelt wird, Partei zu ergreifen. Das Ziel der Vermittlung/Schlichtung ist es, Ihnen und der Schule dabei zu helfen, zu einer für beide zufriedenstellenden Lösung zu gelangen.

Einen Link zu einer aktuellen Liste an Vermittlern finden Sie unter [Office of General Counsel, Special Mediation Program \(Link: bit.ly/39yQTjK\)](#).

Wenn Sie und die Schule vereinbaren, Schlichtungsleistungen in Anspruch zu nehmen, können beide Parteien sich auf einen bestimmten Vermittler verständigen oder es wird ein Vermittler nach dem Zufallsprinzip zugeteilt werden. In jedem Fall wird der Vermittler Sie unverzüglich kontaktieren, um eine Schlichtungssitzung an einem für Sie und die Schule passenden Ort und Zeit zu vereinbaren.

Die Gespräche, die während des Schlichtungsverfahrens stattfinden, müssen

vertraulich sein. Sie können nicht als Beweismittel in einer zukünftigen Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens oder in einem Zivilverfahren eines Bundesgerichts oder eines staatlichen Gerichts eines Bundesstaates, der Unterstützung unter IDEA Teil B erhält, verwendet werden.

Wenn Sie und die Schule einen Streitfall durch das Schlichtungsverfahren lösen, müssen beide Parteien eine rechtsverbindliche Vereinbarung abschließen, in der die Lösung festgelegt wird. In der Vereinbarung muss festgehalten werden, dass alle Gespräche, die während des Schlichtungsverfahrens stattgefunden haben, vertraulich bleiben und nicht als Beweismittel in einer späteren Anhörung oder einem Zivilverfahren verwendet werden dürfen. Die Vereinbarung muss außerdem sowohl von Ihnen, als auch von einem Vertreter des Schulbezirks unterzeichnet werden, der die Befugnis hat, den Schulbezirk zu vertreten. Die unterschriebene Schlichtungsvereinbarung ist rechtlich bindend und durchsetzbar vor jedem Gericht, das gemäß bundesstaatlichem Recht befugt ist, diese Art von Fall zu hören, oder vor einem Bundesgericht.

Weitere Informationen über das Schlichtungsverfahren finden Sie beim [Office of General Counsel, Special Mediation Program \(Link: \[bit.ly/39yQTjK\]\(https://www.texas.gov/office-of-general-counsel/special-mediation-program\)\)](https://www.texas.gov/office-of-general-counsel/special-mediation-program).

Bundesstaatliche Vorschriften zum Verfahren für Sonderschulbeschwerden finden Sie unter [19 TAC §89.1193 \(Link: \[bit.ly/35Dyrp2\]\(https://www.texas.gov/legislation/tac/19-tac-589-1193\)\)](https://www.texas.gov/legislation/tac/19-tac-589-1193).

[Beschwerdebeilegungsverfahren für Sonderbeschulungsangelegenheiten](#)

Eine weitere Option für die Beilegung von Streitigkeiten in Fragen der Sonderbeschulung ist das Beschwerdebeilegungsverfahren in Sonderbeschulungsangelegenheiten. In diesem Dokument bezieht sich der Begriff *Sonderbeschulungsbeschwerde* auf eine staatliche Beschwerde gemäß IDEA und seinen Durchführungsbestimmungen. Wenn Sie denken, dass eine Behörde gegen eine Anforderung des Sonderbeschulungsrechts verstoßen hat oder, wenn

Sie denken, dass eine öffentliche Behörde eine Entscheidung zur ordnungsgemäßen Anhörung nicht umsetzt, können Sie schriftlich Beschwerde bei der TEA einlegen. Sie müssen Ihre Beschwerde auch an die Stelle senden, gegen die die Beschwerde gerichtet ist und zwar zusammen mit Ihrer Beschwerde an die TEA. Jede Organisation und jede Person - einschließlich solcher aus anderen Bundesstaaten - können bei der TEA Sonderbeschulungsbeschwerde einlegen. Die Beschwerdefrist wird am Geschäftstag nach dem Tag anfangen, an dem das TEA die Beschwerde erhalten hat.

Die TEA hat ein Musterformular entwickelt, um Eltern und andere Parteien bei der Einreichung einer Sonderbeschulungsbeschwerde zu unterstützen. Eine Partei, die eine Sonderbeschulungsbeschwerde einreicht, kann das Musterformular des Staates oder ein anderes Dokument verwenden, solange die Beschwerde alle erforderlichen Informationen enthält.

Ihre schriftliche Beschwerde muss einen Verstoß beschreiben, der sich nicht mehr als ein Jahr vor dem Datum der Beschwerdeeinlegung zugetragen hat. Die Beschwerde muss folgende Elemente beinhalten: eine Erklärung, dass die Behörde gegen eine Anforderung des Sonderbeschulungsrechts verstoßen hat; den Sachverhalt, auf dem die Erklärung basiert; Ihre Unterschrift und Kontaktdaten; einen Lösungsvorschlag für das Problem gemäß Ihrem aktuellen Kenntnisstand; wenn die Beschwerde ein bestimmtes Kind betrifft, dessen Name und Anschrift oder verfügbare Kontaktdaten, wenn das Kind obdachlos ist, sowie den Namen der Schule des Kindes. Die Beschwerde muss auch einen Lösungsvorschlag für das Problem enthalten, soweit dieser dem Beschwerdeführer zum Zeitpunkt der Einreichung der Beschwerde bekannt und verfügbar ist.

Nach Einreichung einer Sonderbeschulungsbeschwerde wird die TEA dem Beschwerdeführer die Möglichkeit geben, entweder mündlich oder schriftlich, zusätzliche Informationen zu den in der Beschwerde angeführten Vorwürfen einzureichen. Die TEA wird außerdem der Behörde

Gelegenheit geben, zu der Beschwerde Stellung zu beziehen sowie einen Vorschlag zur Beilegung der Beschwerde einzureichen. Außerdem wird die TEA jenem Elternteil, der die Beschwerde eingereicht hat und der öffentlichen Einrichtung die Möglichkeit geben, eine Schlichtung durchzuführen.

Die TEA wird binnen 60 Kalendertagen nach Erhalt Ihrer Sonderbeschulungsbeschwerde eine Untersuchung durchführen, die bei Bedarf eine Untersuchung vor Ort einschließt. Die 60-Kalendertage-Frist für die Beilegung der Beschwerde kann aufgrund außergewöhnlicher Umstände in Bezug auf eine bestimmte Beschwerde verlängert werden oder, wenn beide Parteien einer Sonderbeschulungsbeschwerde einer Verlängerung zustimmen, um eine Schlichtung oder andere alternative Mittel der Streitbeilegung durchzuführen.

Im Rahmen der Untersuchung wird die TEA alle relevanten Informationen prüfen und eine unabhängige en in Bezug auf die Frage vornehmen, ob die Behörde gegen staatliche oder bundesstaatliche Anforderungen des Sonderbeschulungsrechts verstoßen hat. Die TEA wird einen schriftlichen Entscheid erlassen, in dem alle Anschuldigungen behandelt werden, einschließlich einer Erfassung der Fakten, der daraus gezogenen Schlüsse und der Gründe für die Entscheidung der TEA.

Im Rahmen der Beilegung einer Beschwerde, bei der die TEA ein Versäumnis bei der Erbringung angemessener Leistungen festgestellt hat, muss die TEA das Versäumnis bei der Erbringung angemessener Leistungen ansprechen - einschließlich Korrekturmaßnahmen, die geeignet sind, den Bedürfnissen des Kindes gerecht zu werden (wie z. B. Ausgleichsleistungen oder Geldrückerstattung) und einer angemessenen zukünftigen Erbringung von Leistungen für alle Kinder mit Behinderungen.

Die Entscheidung der TEA betreffend einer Sonderbeschulungsbeschwerde ist endgültig und es kann keine Berufung dagegen eingelegt werden.

Das Einreichen einer Beschwerde nimmt Ihnen nicht das Recht, Vermittlungs-/Schlichtungsleistungen oder

eine gerichtliche Anhörung zu verlangen. Wenn Sie eine Beschwerde einreichen und eine gerichtliche Anhörung zur gleichen Angelegenheit verlangen, muss die TEA alle Teile der Beschwerde, die Gegenstand der gerichtlichen Anhörung sind, außen vorlassen, bis die Anhörung abgeschlossen ist. Alle Teile der Beschwerde, die nicht Teil der gerichtlichen Anhörung sind, werden innerhalb der Fristen und gemäß den Verfahren wie in diesem Dokument beschrieben behandelt.

Wenn ein in einer Beschwerde vorgetragenes Problem in einer gerichtlichen Anhörung behandelt wird, an der die gleichen Parteien beteiligt sind, ist die in der gerichtlichen Anhörung zu diesem Problem getroffene Entscheidung bindend und die TEA wird den Beschwerdeführer entsprechend informieren.

Die TEA muss über schriftliche Verfahren zur weiten Verbreitung ihrer Beschwerdeverfahren an Eltern und andere interessierte Personen verfügen - einschließlich Elternschulungs- und Informationszentren, Schutz- und Interessenvertretungsstellen, Zentren für unabhängiges Leben, sowie andere geeignete Einrichtungen.

Die TEA muss auch über schriftliche Verfahren verfügen, um die effektive Umsetzung ihrer endgültigen Entscheidung bei Bedarf - einschließlich: (a) Aktivitäten zur technischen Unterstützung; (b) Verhandlungen; und (c) Korrekturmaßnahmen, um die Einhaltung zu erzielen.

Weitere Informationen über den Prozess des Einlegens von Sonderbeschulungsbeschwerden, sowie entsprechende Formulare finden Sie unter [Special Education Dispute Resolution Processes](https://www.tea.texas.gov/parents/teadprp) (Link: [bit.ly/3bL6n73](https://www.tea.texas.gov/parents/teadprp)).

Bundesstaatliche Vorschriften zum Verfahren für Sonderschulbeschwerden finden Sie unter [19 TAC §89.1195](https://www.tea.texas.gov/parents/teadprp) (Link: [bit.ly/35IU1rY](https://www.tea.texas.gov/parents/teadprp)).

Gerichtliches Anhörungsverfahren

Die vierte Option für die Beilegung von Streitigkeiten in Sonderbeschulungsangelegenheiten ist das

Programm für gerichtliche Anhörungen. In einem gerichtlichen Anhörungsverfahren hört ein unparteiischer Anhörungsbeamter die Argumente und Beweise der Parteien und fällt eine rechtlich bindende Entscheidung.

Um eine Anhörung zu beantragen, müssen Sie oder die Schule (oder Ihr Anwalt/Vertreter oder der Anwalt/Vertreter der Schule) einen Antrag auf gerichtliche Anhörung an die andere Partei richten und diese bei der TEA einreichen. Sie haben das Recht, eine gerichtliche Anhörung zu jeder Angelegenheit betreffend die Identifikation, Beurteilung oder schulische Unterbringung Ihres Kindes oder die Bereitstellung von FAPE für Ihr Kind zu verlangen, indem Sie einen Antrag auf gerichtliche Anhörung einreichen.

Sollten Sie am oder vor dem 31. August 2022 eine Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren eingereicht haben, mussten Sie diese nach dem damals geltenden Gesetz innerhalb eines Jahres nach dem Datum einreichen, an dem Sie von der angeblichen Handlung, die die Grundlage der Beschwerde bildet, wussten oder hätten wissen müssen. Durch eine Gesetzesänderung gilt jedoch, dass Sie ab dem 1. September 2022 innerhalb von zwei Jahren nach dem Datum, an dem Sie von der angeblichen Handlung, die die Grundlage der Beschwerde bildet, wussten oder hätten wissen müssen, eine Beschwerde einreichen müssen. Dieser Zeitrahmen wird auch Verjährungsfrist genannt. Diese Frist gilt nicht, wenn es Ihnen aufgrund spezifischer Falschdarstellungen der Schule, in denen diese angibt, sie habe das Problem gelöst, oder weil die Schule Ihnen Informationen vorenthalten hat, die Sie Ihnen hätte übermitteln müssen, nicht möglich war, die gerichtliche Anhörung zu beantragen. Obwohl dies keine IDEA-Anforderung ist, sieht das Gesetz des Bundesstaates Texas vor, dass in gewissen Umständen die Verjährungsfrist zur Beantragung einer Anhörung gehemmt – oder angehalten – wird, wenn Sie ein aktiver Soldat der Armee, der Commissioned Corps of the National Oceanic and Atmospheric Administration, oder der Commissioned Corps of the United States Public Health Service sind, und sofern die Verjährungsfrist eines Bundesgesetzes, auch als

Service Members Civil Relief Act bekannt, auf Sie zutrifft.

Wenn Sie die gerichtliche Anhörung beantragen, obliegt es Ihnen nachzuweisen, dass die Schule gegen eine bestimmte Anforderung des Sonderbeschulungsrechts verstoßen hat. In bestimmten Situationen kann die Schule ein gerichtliches Anhörungsverfahren gegen Sie verlangen. In diesen Situationen liegt die Beweislast bei der Schule.

Bevor Sie betreffend irgendwelche der oben angeführten Angelegenheiten vor Gericht Klage gegen die Schule einlegen, müssen Sie eine gerichtliche Anhörung beantragen. Wenn Sie dies nicht getan haben, kann Ihre Klage vor Gericht zurückgewiesen werden.

Beantragen einer gerichtlichen Anhörung

Sie oder die Schule können erst dann eine gerichtliche Anhörung erhalten, wenn Sie oder die Schule (oder Ihr Anwalt/Vertreter oder der Anwalt/Vertreter der Schule) einen Antrag auf gerichtliche Anhörung einreichen, der Folgendes enthält: Name und Anschrift Ihres Kindes, bzw. verfügbare Kontaktdaten, wenn Ihr Kind obdachlos ist; den Namen der Schule Ihres Kindes; eine Beschreibung des Problems, das Ihr Kind hat, einschließlich der Fakten betreffend das Problem; und Ihren Lösungsvorschlag für das Problem gemäß Ihrem aktuellen Kenntnisstand zu diesem Zeitpunkt.

Ein Formular für einen Antrag auf gerichtliche Anhörung ist bei der TEA, unter [Office of General Counsel, Special Education Due Process Hearing \(Link: \[bit.ly/2XCdKFw\]\(https://bit.ly/2XCdKFw\)\), erhältlich.](#)

Sie müssen nicht das TEA-Formular verwenden, aber Ihr Antrag muss die oben genannten, erforderlichen Informationen enthalten.

Sie, Ihr Anwalt oder Ihr Vertreter (oder die Schule, ihr Anwalt oder ihr Vertreter) müssen den schriftlichen Antrag auf gerichtliche Anhörung gleichzeitig an die TEA und an die gegnerische Partei senden. Der Antrag auf gerichtliche Anhörung muss vertraulich behandelt werden.

Damit ein Antrag auf gerichtliche Anhörung weitergeleitet werden kann, muss er als ausreichend angesehen werden (die oben genannten inhaltlichen Anforderungen müssen erfüllt sein). Der Antrag auf gerichtliche Anhörung wird als ausreichend angesehen - es sei denn, die Partei, die den Antrag auf gerichtliche Anhörung erhält (Sie oder die Schule), benachrichtigt den Anhörungsbeauftragten und die andere Partei schriftlich innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt des Antrags, dass die empfangende Partei der Meinung ist, dass der Antrag auf gerichtliche Anhörung die oben aufgeführten Anforderungen nicht erfüllt.

Innerhalb von fünf Kalendertagen nach Erhalt der Mitteilung, dass die empfangende Partei (Sie oder der Schulbezirk) einen Antrag auf gerichtliche Anhörung für unzureichend hält, muss der Anhörungsbeauftragte entscheiden, ob der Antrag auf gerichtliche Anhörung, die oben aufgeführten Anforderungen erfüllt und Sie und die Schule unverzüglich schriftlich darüber informieren.

Reaktion des Schulbezirks auf einen Antrag auf gerichtliche Anhörung

Wenn die Schule Ihnen nicht bereits eine vorherige schriftliche Mitteilung gemäß 34 CFR §300.503 bezüglich des im Antrag auf gerichtliche Anhörung enthaltenen Gegenstands geschickt hat, muss die Schule Ihnen innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt des Antrags auf gerichtliche Anhörung, eine Antwort schicken, die Folgendes enthält:

- Eine Erklärung, warum sie vorgeschlagen oder abgelehnt hat, die im Antrag auf gerichtliche Anhörung angesprochenen Maßnahmen zu ergreifen;
- Eine Beschreibung anderer Optionen, die das ARD-Komitee in Betracht gezogen hat und die Gründe, warum diese Optionen abgelehnt wurden;
- Eine Beschreibung jedes Beurteilungsverfahrens, jeder Beurteilung, Aufzeichnung oder jedes Berichts, die als Grundlage für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme verwendet wurden; und
- Eine Beschreibung der anderen Faktoren, die für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme der Schule relevant sind.

Die Bereitstellung dieser Informationen hindert die Schule nicht daran, gegebenenfalls geltend zu machen, dass Ihr Antrag auf gerichtliche Anhörung unzureichend war.

Reaktion der anderen Partei auf einen Antrag auf gerichtliche Anhörung

Mit Ausnahme der Angaben im unmittelbar vorhergehenden Abschnitt, muss die Partei, die einen Antrag auf gerichtliche Anhörung erhält, innerhalb von 10 Kalendertagen nach Erhalt des Antrags, der anderen Partei eine Antwort zukommen lassen, die speziell auf die in dem Antrag genannten Punkte eingeht.

Die Eltern oder die Schule können Ihren Antrag auf eine gerichtliche Anhörung nur dann ergänzen oder ändern, wenn die andere Partei den Änderungen schriftlich zustimmt und die Möglichkeit hat, die Anhörung durch ein Lösungsgespräch zu lösen oder, wenn der Anhörungsbeauftragte spätestens fünf Kalendertage vor Beginn der Anhörung seine Zustimmung erteilt. Die Partei, die die Anhörung beantragt hat, darf bei der Anhörung keine Punkte ansprechen, die nicht in dem Antrag auf gerichtliche Anhörung angesprochen wurden - es sei denn, die andere Partei stimmt zu, dass die zusätzlichen Punkte angesprochen werden können. Wenn die einreichende Partei - Sie oder die Schule - den Antrag auf gerichtliche Anhörung ergänzt (ändert), beginnen die Fristen für den Lösungszeitraum und die Fristen für die Anhörung wieder an jenem Tag, an dem der geänderte Antrag eingereicht wird.

Status des Kindes während des Verfahrens (Stay-Put)

Mit Ausnahme eines Verfahrens, bei dem es um Disziplin geht, muss Ihr Kind, sobald ein Antrag auf gerichtliche Anhörung an die andere Partei geschickt wurde, während des Zeitraums des Lösungsprozesses und während des Wartens auf die Entscheidung einer unparteiischen Anhörung oder eines Gerichtsverfahrens, in seiner aktuellen Bildungseinrichtung verbleiben - es sei denn, Sie und der Staat oder die Schule vereinbaren etwas anderes. Das Verbleiben in der aktuellen Einrichtung

wird gemeinhin als Stay-Put bezeichnet. Bei solch einem Verfahren geht es um Disziplinarmaßnahmen - siehe Unterbringung während des Berufungsverfahrens für eine Diskussion über die Unterbringung des Kindes während Disziplinarstreitigkeiten.

Wenn das Anhörungsverfahren einen Antrag auf Einschulung Ihres Kindes in eine öffentliche Schule beinhaltet, muss Ihr Kind -sofern Sie zustimmen - bis zum Abschluss des gesamten Verfahrens in der öffentlichen Schule untergebracht werden. Wenn das Kind drei Jahre alt wird und aus einem Early Childhood Intervention (ECI)-Programm übergeht, stellt der Verbleib nicht die ECI-Leistung dar. Wenn sich das Kind für Sonderbeschulungs- und damit verbundene Leistungen qualifiziert und die Eltern zustimmen, müssen die unstrittigen Leistungen erbracht werden.

Wenn der Anhörungsbeauftragte in einem von der TEA durchgeführten Anhörungsverfahren mit Ihnen übereinstimmt, dass es angemessen ist, die Unterbringung Ihres Kindes zu ändern, muss diese Änderung der Unterbringung als eine Vereinbarung zwischen Ihnen und dem Staat behandelt werden. Daher wird diese Änderung der Unterbringung zur aktuellen Unterbringung Ihres Kindes, und zwar bis das Ergebnis weiterer Berufungen vorliegt.

Beilegungssitzung

Außer im Fall einer beschleunigten Anhörung muss die Schule binnen 15 Kalendertagen ab Erhalt Ihres Antrags auf gerichtliche Anhörung eine *Beilegungssitzung* genanntes Treffen einberufen, an dem Sie, ein Vertreter der Schule mit Entscheidungsbefugnis und die entsprechenden Mitglieder des von Ihnen und der Schule gewählten ARD-Komitees teilnehmen. Die Schule darf nur einen Anwalt zu der Sitzung hinzuziehen, wenn auch Sie dies tun.

Wenn die Schule die in Ihrem Antrag vorgebrachten Probleme nicht binnen 30 Kalendertagen ab Erhalt des Antrags zu Ihrer Zufriedenheit beigelegt hat, kann mit der gerichtlichen Anhörung fortgefahren werden.

Die 45-Kalendertage-Frist für die Verkündung einer endgültigen Entscheidung beginnt mit Ablauf der 30-

Kalendertage-Beilegungsfrist, mit bestimmten Ausnahmen für an der 30-Kalendertage-Beilegungsfrist vorgenommene Korrekturen.

Außer wenn sowohl Sie als auch die Schule zugestimmt haben, auf den Beilegungsprozess zu verzichten oder die Angelegenheit einer Schlichtung zu unterziehen, wird Ihre Nichtteilnahme an der Beilegungssitzung zu einer Verlängerung der Fristen für den Beilegungsprozess und die Anhörung führen, bis Sie zustimmen, an der Sitzung teilzunehmen.

Wenn die Schule nach angemessenen Anstrengungen und der Dokumentation solcher Anstrengungen nicht in der Lage ist, Sie zur Teilnahme an der Beilegungssitzung zu bewegen, kann die Schule am Ende der 30-Kalendertage-Frist verlangen, dass ein Anhörungsbeamter Ihren Antrag auf gerichtliche Anhörung ablehnt. Die Dokumentation der Anstrengungen der Schule muss die folgenden Elemente beinhalten: eine Aufzeichnung der Versuche der Schule, einen Ort und Zeitpunkt für die Sitzung mit Ihnen zu vereinbaren, wie beispielsweise detaillierte Aufzeichnungen versuchter Telefonanrufe oder tatsächlich erfolgter Telefongespräche und der Ergebnisse dieser Gespräche; Kopien von an Sie gesendeter Korrespondenz sowie der von Ihnen erhaltenen Antworten; und detaillierte Aufzeichnungen von Besuchen bei Ihnen zuhause oder an Ihrem Arbeitsplatz und die Ergebnisse dieser Besuche.

Wenn die Schule die Beilegungssitzung nicht binnen 15 Kalendertagen ab Erhalt Ihres Antrags abhält oder nicht an der Beilegungssitzung teilnimmt, können Sie verlangen, dass ein Anhörungsbeamter den Beginn der 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung verfügt.

Wenn Sie und die Schule schriftlich vereinbaren, auf die Beilegungssitzung zu verzichten, dann beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung am darauffolgenden Kalendertag. Wenn Sie und die Schule nach dem Beginn der Schlichtung oder der Beilegungssitzung und vor dem Ende der 45-Kalendertage-Frist schriftliche vereinbaren, dass keine Einigung möglich ist, dann beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung am darauffolgenden Kalendertag. Wenn Sie und die

Schule am Ende der 30-Kalendertage-Beilegungsfrist vereinbaren, die Streitigkeit einer Schlichtung zu unterziehen, können beide Parteien schriftlich vereinbaren, den Schlichtungsprozess fortzusetzen, bis eine Einigung erzielt wird. Wenn jedoch Sie oder die Schule sich aus dem Schlichtungsverfahren zurückziehen, dann beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung am darauffolgenden Kalendertag.

Wenn eine Partei einen geänderten Antrag einreicht, beginnen die Fristen für das Schlichtungsgespräch und die Frist zur Beilegung des Antrags (die Schlichtungsfrist) an jenem Tag neu, an welchem der geänderte Antrag eingereicht wird.

Zweck der Beilegungssitzung ist es, Ihnen Gelegenheit zu geben, Ihren Antrag und die ihm zugrunde liegenden Gründe mit der Schule zu diskutieren, sowie der Schule Gelegenheit zu geben, den Disput, auf dem Ihr Antrag basiert, beizulegen. Wenn in der Sitzung eine Einigung erzielt wird, müssen Sie und die Schule Ihre Vereinbarung in Schriftform ausfertigen und unterzeichnen. Diese schriftliche Vereinbarung ist durchsetzbar vor einem unter bundesstaatlichem Recht für diese Art von Fall zuständigen Gericht oder einem Bundesgericht, sofern nicht eine der Parteien die Vereinbarung innerhalb von 3 Geschäftstagen ab Datum der Unterzeichnung widerruft.

Wenn Die Schule das in Ihrem Antrag vorgebrachte Problem nicht binnen 30 Kalendertagen ab Datum des Erhalts Ihres Antrags zu Ihrer Zufriedenheit gelöst hat, kann mit der Anhörung fortgefahren werden.

Beilegungsfrist bei beschleunigten Anhörungen

Bei beschleunigten Anhörungen muss die Schule die Beilegungssitzung binnen sieben Kalendertagen nach Erhalt des Antrags auf beschleunigte Anhörung einberufen. Sie haben das Recht auf eine Anhörung, wenn die Schule das in Ihrem Antrag vorgebrachte Problem nicht innerhalb von 15 Kalendertagen zu Ihrer Zufriedenheit gelöst hat. Die Anhörung muss innerhalb 20 Tagen von dem Datum, an dem der Antrag für das ordnungsgemäße Verfahren eingereicht wurde, stattfinden. Der Anhörungsbeamte muss innerhalb 10 Schultagen nach der Anhörung eine endgültige Entscheidung treffen.

Mitteilung der Verfahrensgarantien
Bildungsbehörde von Texas | Abteilung für Sonderbeschulung
September 2022

Anhörungen

Die TEA beauftragt unparteiische Anhörungsbeamte mit der Durchführung der Anhörung. Der Anhörungsbeamte darf kein Mitarbeiter der TEA oder einer in die Ausbildung oder Pflege Ihres Kindes involvierten Behörde sein und darf keine persönlichen oder beruflichen Interessen haben, die seine Objektivität in der Anhörung beeinträchtigen. Der Anhörungsbeauftragte (1) muss die Bestimmungen des IDEA, die bundes- und einzelstaatlichen Vorschriften bezüglich des IDEA, sowie die rechtlichen Auslegungen des IDEA durch bundes- und einzelstaatliche Gerichte kennen und verstehen und (2) muss das Wissen und die Fähigkeit haben, Anhörungen zu leiten und Entscheidungen zu treffen, sowie zu verfassen, die der angemessenen, standardmäßigen Rechtspraxis entsprechen.

Die TEA pflegt eine Liste von Anhörungsbeamten einschließlich der Qualifikationen jedes Anhörungsbeamten. Sie finden diese Liste auf der TEA-Webseite beim [Office of General Counsel, Special Education Due Process Hearing \(Link: \[bit.ly/2XCdKFw\]\(https://bit.ly/2XCdKFw\)\)](#). Sie erhalten diese Liste außerdem auf Anfrage beim TEA Office of Legal Services, dessen Kontaktdaten Sie am Ende dieses Dokuments finden.

Vor der Anhörung

Mindestens fünf Geschäftstage vor der gerichtlichen Anhörung müssen Sie und die Schule alle bei der Anhörung verwendeten Beweismittel gegenseitig offenlegen. Jede Partei kann gegen das Vorbringen von Beweismitteln, die nicht rechtzeitig geteilt wurden, Einspruch erheben. Ebenso müssen Sie und die Schule einander mindestens fünf Werktage vor der Anhörung, alle bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Beurteilungen und auf diesen Beurteilungen basierenden Empfehlungen offenlegen, die Sie oder die Schule bei der Anhörung zu verwenden beabsichtigen. Ein Anhörungsbeauftragter kann jede Partei, die dieser Anforderung nicht nachkommt, daran hindern, die betreffende Bewertung oder Empfehlung bei der Anhörung - ohne die Zustimmung der anderen Partei - einzuführen.

Während der Anhörung

Sie haben das Recht, sich bei einer Anhörung - im Rahmen einer gerichtlichen Anhörung - selbst zu vertreten. Darüber hinaus hat jede Partei bei einer gerichtlichen Anhörung (einschließlich einer Anhörung im Zusammenhang mit einem Disziplinarverfahren) das Recht:

- einen Anwalt und/oder Personen mit besonderen Kenntnissen oder Schulung betreffend die Probleme von Kindern mit Behinderungen mitzubringen und sich rechtlich beraten lassen;
- sich selbst zu vertreten oder von einem Anwalt vertreten zu werden, der im Bundesstaat Texas lizenziert ist oder von einer Person, die kein im Bundesstaat Texas lizenzierter Anwalt ist, aber über besondere Kenntnisse oder Ausbildung in Bezug auf Probleme von Kindern mit Behinderungen verfügt und die in 19 TAC §89.1175 genannten Qualifikationen erfüllt ([Link: bit.ly/2XFtKg9](https://bit.ly/2XFtKg9));
- Beweismittel vorzulegen und Zeugen zu konfrontieren, ins Kreuzverhör zu nehmen und deren Anwesenheit zu verlangen.
- die Einführung von Beweisen, die dieser Partei nicht mindestens fünf Werktage vor der Anhörung bekannt gegeben wurden, bei der Anhörung zu verbieten;
- ein schriftliches oder wahlweise elektronisches Wort-für-Wort-Protokoll der Anhörung zu erhalten; und
- schriftliche oder, nach Ihrer Wahl, elektronische Tatsachenfeststellungen und Entscheidungen zu erhalten.

Elternrechte bei Anhörungen

Sie müssen das Recht erhalten:

- dass Ihr Kind bei der Anhörung anwesend ist;
- die Anhörung für die Öffentlichkeit zu zugänglich zu machen; und
- das Protokoll der Anhörung, die Tatsachenfeststellungen und Entscheidungen kostenlos zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Nach der Anhörung

Der Anhörungsbeamte wird eine Entscheidung erlassen. Die Entscheidung des Anhörungsbeamten muss aus wesentlichen Gründen und auf Basis einer Feststellung, ob Ihr Kind FAPE erhalten hat oder nicht,

erfolgen. Wenn Sie wegen eines Verfahrensfehlers klagen, kann der Anhörungsbeamte nur befinden, dass Ihr Kind kein FAPE erhalten hat, wenn der Fehler: das Recht Ihres Kindes auf FAPE beeinträchtigt hat; Ihr Kind um Bildungsleistungen gebracht hat; oder Ihre Möglichkeit, am Entscheidungsprozess betreffend FAPE für Ihr Kind teilzunehmen, signifikant beeinträchtigt hat. Keine der oben beschriebenen Bestimmungen kann so ausgelegt werden, dass sie einen Anhörungsbeamten daran hindert, eine Schule anzuweisen, die Anforderungen im Abschnitt über Verfahrensgarantien der Bundesvorschriften unter IDEA Teil B (34 CFR §§500 bis 300.536) einzuhalten.

Die TEA muss dafür sorgen, dass binnen 45 Kalendertagen nach Ablauf der 30-Kalendertage-Beilegungsfrist bzw. gegebenenfalls der geänderten Beilegungsfrist eine endgültige Entscheidung getroffen und den Parteien übermittelt wird. Bei einer beschleunigten Anhörung muss binnen 10 Kalendertagen ab dem Datum der Anhörung eine endgültige Entscheidung getroffen werden. Bei einer nicht beschleunigten Anhörung kann der Anhörungsbeamte auf Antrag einer der Parteien eine Sonderverlängerung aus gutem Grund gewähren. Bei einer beschleunigten Anhörung kann ein Anhörungsbeamter keine Fristverlängerung gewähren. Die Entscheidung des Anhörungsbeamten (einschließlich einer Entscheidung in einer Anhörung im Rahmen eines Disziplinarverfahrens) ist endgültig, sofern nicht eine der Parteien der Anhörung (Sie oder die Schule) Berufung an einem bundesstaatlichen oder Landesgericht einlegt, wie unten beschrieben.

Die Schule muss die Entscheidung des Anhörungsbeamten innerhalb des vom Anhörungsbeamten vorgeschriebenen Zeitrahmens umsetzen, oder, wenn kein Zeitrahmen vorgeschrieben wird, binnen 10 Schultagen ab dem Datum, an dem die Entscheidung verkündet wurde, selbst wenn die Schule Berufung gegen die Entscheidung einlegt, außer dass Kostenerstattungen für vorherige Ausgaben zurückgehalten werden können, bis das Berufungsverfahren abgeschlossen ist. Nichts im Abschnitt zu den Verfahrensgarantien der

Mitteilung der Verfahrensgarantien

Bildungsbehörde von Texas | Abteilung für Sonderbeschulung

September 2022

Seite 24

Bundesvorschriften unter IDEA Teil B (34 C.F.R. §§300.500 bis 300.536) kann so ausgelegt werden, dass es Sie daran hindert, einen separaten Antrag auf eine gerichtliche Anhörung zu einem Thema einzureichen, das von einer bereits eingereichten gerichtlichen Anhörung getrennt ist.

Ergebnisse und Entscheidung an das Beratungsgremium und die allgemeine Öffentlichkeit übermitteln

Nach dem Löschen aller personenbezogenen Informationen aus der Entscheidung des Anhörungsbeauftragten muss die TEA die Entscheidung (die die Feststellungen und Entscheidungen des Anhörungsbeauftragten enthält) dem staatlichen Beratungsgremium zur Verfügung stellen. In Texas heißt das staatliche Beratungsgremium „Continuing Advisory Committee“. Die TEA muss die Entscheidung auch der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Zivilklage

Jede Partei (Sie oder die Schule), die mit den Feststellungen und der Entscheidung in der gerichtlichen Anhörung (einschließlich einer Anhörung in Bezug auf Disziplinarverfahren) nicht einverstanden ist, hat das Recht, gegen die Feststellungen und die Entscheidung des Anhörungsbeauftragten Berufung einzulegen, indem sie eine Zivilklage in Bezug auf die Angelegenheit erhebt, die Gegenstand der Anhörung war. Die Klage kann bei einem einzelstaatlichen Gericht, das die Befugnis hat, diese Art von Fällen zu hören oder bei einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten - ohne Rücksicht auf den Streitwert - eingereicht werden und muss innerhalb von 90 Kalendertagen nach dem Datum des Erlasses der Entscheidung eingereicht werden. Das Gericht muss als Teil des Berufungsverfahrens die Aufzeichnungen der gerichtlichen Anhörung erhalten, auf Verlangen einer der Parteien zusätzliche Beweise anhören, seine Entscheidung auf hinreichende Wahrscheinlichkeit gründen, und jede angemessene Unterstützung leisten.

Nichts in der IDEA schränkt die Rechte, Verfahren und Rechtsmittel ein, die gemäß der US-Verfassung, dem

Americans with Disabilities Act von 1990, Titel V des Rehabilitation Act von 1973 (Abschnitt 504) oder anderen Bundesgesetzen zum Schutz der Rechte von Kindern mit Behinderungen zur Verfügung stehen - mit der Ausnahme, dass vor der Einreichung einer Zivilklage, gemäß diesen Gesetzen, vor Gericht, die auf Rechtsbehelfe abzielt, die auch gemäß IDEA Teil B zur Verfügung stehen, die ordnungsgemäßen Anhörungsverfahren, die unter IDEA vorgesehen und oben beschrieben sind, im gleichen Umfang ausgeschöpft werden müssen, wie es erforderlich wäre, wenn Sie die Klage gemäß IDEA Teil B einreichen würden. Das bedeutet, dass Ihnen möglicherweise Rechtsmittel unter anderen Gesetzen zur Verfügung stehen, die sich mit denen unter IDEA überschneiden, aber im Allgemeinen müssen Sie, um Rechtshilfe unter diesen anderen Gesetzen zu erhalten, zuerst die verfügbaren administrativen Rechtsmittel unter IDEA nutzen (d.h. die gerichtliche Anhörung; das Lösungsverfahren - einschließlich der Lösungssitzung - und das unparteiische Anhörungsverfahren), bevor Sie eine Klage bei Gericht einreichen.

Anwaltskosten

In jeder Klage oder jedem Verfahren, das gemäß IDEA Teil B angestrengt wird, kann das Gericht Ihnen nach eigenem Ermessen, angemessene Anwaltsgebühren als Teil der Kosten zusprechen, wenn Sie obsiegen (gewinnen).

In jeder Klage oder jedem Verfahren, das unter IDEA Teil B angestrengt wird, kann das Gericht nach eigenem Ermessen, einer obsiegenden Schule oder staatlichen Bildungsbehörde, angemessene Anwaltskosten als Teil der Kosten zusprechen, die von Ihrem Anwalt zu zahlen sind, wenn der Anwalt (a) eine Klage oder ein Gerichtsverfahren eingereicht hat, das das Gericht als leichtfertig, unvernünftig oder unbegründet ansieht oder (b) den Rechtsstreit fortgesetzt hat, nachdem dieser eindeutig leichtfertig, unvernünftig oder unbegründet war; oder

In einer Klage oder einem Verfahren gemäß IDEA Teil B kann das Gericht nach eigenem Ermessen, einer obsiegenden Schule oder staatlichen Bildungsbehörde, angemessene Anwaltsgebühren

als Teil der Kosten zusprechen, die von Ihnen oder Ihrem Anwalt zu zahlen sind, wenn Ihr Antrag auf eine Anhörung im Rahmen einer gerichtlichen Anhörung oder ein späteres Gerichtsverfahren zu einem unangemessenen Zweck gestellt wurde, z. B. um zu schikanieren, eine unnötige Verzögerung zu verursachen oder die Kosten der Klage oder des Verfahrens (Anhörung) unnötig zu erhöhen.

Ein Gericht spricht angemessene Anwaltskosten wie folgt zu:

- Die Honorare müssen sich an jenen Sätzen orientieren, die in der Gemeinde, in der die Klage oder Anhörung entstanden ist, für die Art und Qualität der erbrachten Leistungen üblich sind. Bei der Berechnung der zuerkannten Gebühren darf kein Bonus oder Multiplikator angewandt werden.
- Honorare dürfen nicht zuerkannt und damit zusammenhängende Kosten dürfen in einer Klage oder einem Verfahren unter IDEA Teil B nicht für Leistungen erstattet werden, die erbracht wurden, nachdem Ihnen ein schriftliches Vergleichsangebot unterbreitet wurde, wenn:
 - das Angebot innerhalb der in Rule 68 der Federal Rules of Civil Procedure vorgeschriebenen Frist oder, im Falle einer gerichtlichen Anhörung, zu einem beliebigen Zeitpunkt mehr als 10 Kalendertage vor Beginn des Verfahrens abgegeben wird;
 - das Angebot nicht innerhalb von 10 Kalendertagen angenommen wird; und
 - das Gericht oder der behördliche Anhörungsbeauftragte feststellt, dass die von Ihnen endgültig erwirkte Abhilfe nicht günstiger für Sie ist als das Vergleichsangebot.

Trotz dieser Einschränkungen können Ihnen Anwaltshonorare und damit verbundene Kosten zuerkannt werden, wenn Sie obsiegen und die Ablehnung des Vergleichsangebots im Wesentlichen gerechtfertigt war.

Gebühren können nicht im Zusammenhang mit einer Sitzung des ARD-Komitees zugesprochen werden - es sei denn, die Sitzung wird als Ergebnis eines Verwaltungsverfahrens oder einer gerichtlichen Klage abgehalten. Eine Einigungssitzung, wie oben beschrieben, gilt nicht als Sitzung, die als Ergebnis

Mitteilung der Verfahrensgarantien

Bildungsbehörde von Texas | Abteilung für Sonderbeschulung
September 2022

eines Verwaltungsverfahrens oder einer gerichtlichen Klage einberufen wurde und wird nicht als Verwaltungsverfahren oder gerichtliche Klage für die Zwecke dieser Bestimmungen zu Anwaltsgebühren betrachtet.

Ein Gericht reduziert gegebenenfalls den Betrag der gemäß IDEA Teil B zugesprochenen Anwaltsgebühren, wenn das Gericht feststellt, dass:

- Sie oder Ihr Anwalt während des Verlaufs der Klage oder des Verfahrens, die endgültige Beilegung des Rechtsstreits unangemessen verzögert haben;
- die Höhe der ansonsten zuzusprechenden Anwaltsgebühren in unangemessener Weise den Stundensatz übersteigt, der in der Gemeinschaft für ähnliche Dienstleistungen von Anwälten mit einigermaßen ähnlichen Fähigkeiten, Ruf und Erfahrung üblich ist;
- die aufgewendete Zeit und die erbrachten Rechtsdienstleistungen, in Anbetracht der Art der Klage oder des Verfahrens, übermäßig waren; oder
- der Anwalt, der Sie vertritt, der Schule nicht die entsprechenden Informationen in der gerichtlichen Anhörung zur Verfügung gestellt hat (siehe obiger Abschnitt über das Verfahren zur gerichtlichen Anhörung).

Das Gericht darf die Gebühren jedoch nicht reduzieren, wenn es feststellt, dass die Schule oder der Staat die endgültige Beilegung der Klage oder des Verfahrens, unangemessen verzögert hat oder ein Verstoß gegen die Bestimmungen zu den Verfahrensgarantien von IDEA Teil B vorliegt.

Die bundesstaatliche Regelung in Bezug auf das Anhörungsprogramm für die Sonderschulbildung beginnt in [19 TAC §89.1151 \(Link: \[bit.ly/3nQcmtG\]\(https://bit.ly/3nQcmtG\)\)](#).

Diese Seite wurde absichtlich freigelassen.

Kontaktdaten

Wenn Sie Fragen zu den Informationen in diesem Dokument haben oder jemanden brauchen, der Ihnen diese erklärt, wenden Sie sich bitte an:

Örtliche Kontaktdaten

Schule:	Bildungs-Servicecenter	Andere Ressource
Name:	Name:	Name:
Telefonnummer:	Telefonnummer:	Telefonnummer:
E-Mail:	E-Mail:	E-Mail:

Wenn Sie Informationen zu bestimmten Aspekten der Sonderbeschulung benötigen, können Sie sich telefonisch an das Informationszentrum für Sonderbeschulungsfragen wenden: 1-855-SPEDTEX (1-855-773-3839). Wenn Sie diese Nummer anrufen und eine Nachricht hinterlassen, wird Sie jemand während der normalen Geschäftszeiten zurückrufen. Personen, die gehörlos oder hörbehindert sind, können die obige Voice-Nummer mithilfe von Relay Texas 7-1-1 anrufen.

Wenn Sie Fragen zu einer anhängigen Klage im Bereich der Sonderbeschulung haben, rufen Sie bitte die Nummer 512-463-9414 an. Wenn Sie Fragen zu einem anhängigen Schlichtungsverfahren oder einer anhängigen gerichtlichen Anhörung haben, wenden Sie sich jeweils an den zuständigen Schlichter oder Anhörungsbeamten.

Kontaktinformationen zur Streitbeilegung

Wenn Sie einen erleichterten IEP beantragen, senden Sie den Antrag an:	Wenn Sie eine Beschwerde über Sonderbeschulung einreichen, senden Sie die Beschwerde an:	Wenn Sie eine Schlichtung wünschen, senden Sie die Anfrage an:	Wenn Sie einen Antrag auf gerichtliche Anhörung einreichen, senden Sie den Antrag an:
State IEP Facilitation Project Texas Education Agency 1701 N. Congress Avenue Austin, TX 78701-1494 oder Fax: 512-463-9560 oder specialeducation@tea.texas.gov	Special Education Complaints Unit Texas Education Agency 1701 N. Congress Avenue Austin, TX 78701-1494 oder Fax: 512-463-9560 oder specialeducation@tea.texas.gov	Mediation Coordinator Texas Education Agency 1701 N. Congress Avenue Austin, TX 78701-1494 oder Fax: 512-463-6027 oder SE-Legal@tea.texas.gov	Special Education Due Process Hearings Texas Education Agency 1701 N. Congress Avenue Austin, TX 78701-1494 oder Fax: 512-463-6027 oder SE-Legal@tea.texas.gov

Bitte besuchen Sie die Webseite der TEA-Abteilung für Sonderbeschulung unter

<https://tea.texas.gov/TexasSped>